

Wir Berlinerinnen

LandesFrauenRat Berlin e.V.



94/September 2006

Inhalt

Thema:

Berlin-Wahl 2006:	
Unbeschreiblich weiblich?!	Seite 9
Übersicht: Kandidatinnen	Seite 10/11
Synopse Frauenpolitik	Seite 12/13
Wahlstatistik	Seite 14
Wählen mit 16?	Seite 14
Infos zur Volksabstimmung	Seite 15
Erst- und Zweitstimme	Seite 15
Rückblick: LFR-Wahlforum	Seite 16

LFR Aktuell

Rückblick: LFR-Seminar	Seite 3
LFR trifft Botschafterin	Seite 4
Kommission FreiwilligenPass	Seite 5
LFR und Juristinnen laden ein	Seite 5
LFR im September	Seite 5

Frauenpolitik national

Abtreibungsgegner formieren sich	Seite 6
Ehegattensplitting noch sinnvoll?	Seite 7
Frauen übernehmen Betriebe	Seite 8
Gehälter – der aktuelle Stand	Seite 8

Berlin

Bürgerschaftliches Engagement	Seite 17
-------------------------------	----------

Verbände auf einen Blick

Bilanz: DF-Kampagne „Abpfiff“	Seite 18
DBfK zur „Gemeindeschwester“	Seite 19
Bundesfest des KDFB	Seite 20

Rubriken

Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 2
Personalia	Seite 18
Neues aus dem UCW	Seite 21
Bildungsangebote	Seite 22
Termine	Seite 23
Zuletzt	Seite 24

Liebe Ladies,

diese Anrede wird, so vermute ich, Jutta Limbach, Juristin, Professorin, ehemalige Justizsenatorin und Bundesverfassungsgerichtspräsidentin und derzeit Präsidentin des Goethe-Instituts wählen, wenn sie sich in ihrer Laudatio für Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend a.D. und ehemalige Berliner Senatorin für Arbeit und Frauen am 7. September speziell an die sicherlich zahlreich erscheinenden Frauen aus Berlin und Brandenburg wenden wird. An diesem Tag erhält Christine Bergmann im Potsdamer Regine-Hildebrandt-Haus den Pauline-Staegemann-Preis, der nach der Urgroßmutter von Jutta Limbach benannt ist. Wenn Jutta Limbach in der ihr eigenen fröhlich-bestimmten Art „liebe Ladies“ sagt, folgt unter Garantie ein ernstgemeinter Appell feministischen Inhalts. Sie und alle vorstehend genannten Politikerinnen, die ich mich nicht scheue, sie als feministisches Urgestein zu bezeichnen, sind im Verlauf ihres Lebens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit immer zur Wahl gegangen, so sie es durften und die Wahlen demokratisch waren.

Ich appelliere daher an Sie, liebe Leserinnen, liebe Ladies, gehen Sie am 17. September zur Wahl. Sabine Röhrbein, LFR-Geschäftsführerin, hat alles Wissenswerte in diesem Zusammenhang für Sie in der aktuellen Ausgabe von „Wir Berlinerinnen“ zusammen getragen. Informieren Sie sich, prüfen Sie und wählen Sie!

Und denken Sie immer daran:

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!

Herzlichst Ihre

Besuch bei der Ministerin

• Wer schon immer mal wissen wollte, welchen Blick Ursula von der Leyen aus ihrem Ministerium hat, sollte sich Mittwoch, den 8. November 2006, rot im Kalender eintragen. Der LFR Berlin lädt gemeinsam mit dem Katholischen Frauenbund (KDFB) zu einem Besuch des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin-Mitte, Alexanderstraße 3, ein. Die Teilnehmerinnen erhalten dabei Einblick in die Arbeit des Mammutministeriums, erfahren welchen Stellenwert es im Kabinett von Angela Merkel hat und können mit sachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Frauenpolitik ganz allgemein und die Frauenpolitik der Großen Koalition im Besonderen diskutieren. Zu dem Besuch gehört auch eine Führung durchs Haus. Anmeldungen nimmt der Frauenbund bis zum 1. November 2006 gern telefonisch unter Telefon: 321 50 21 entgegen. Bitte den Namen und die Anschrift nennen, falls sich der Anrufbeantwortet meldet.

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V.
Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10
Fax: 030/86 00 88 40
Email: lfr-berlin@t-online.de
Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Anneliese Wolf, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 31.08.2006

Konferenz der Landesfrauenräte

• Bei der Bundeskonferenz der Landesfrauenräte in Kiel vom 30. Juni bis 2. Juli 2006 waren von den 16 Landesverbänden 15 durch ihre Vorsitzenden oder Vertreterinnen anwesend, den LandesFrauenRat Berlin vertrat Schatzmeisterin Anneliese Wolf. Die Konferenz stand unter dem Motto „Frauen am Mee(h)r“. Eingeladen hatte der Verband Schleswig-Holstein, der für die Konferenz federführend war. Sie begann mit einem Empfang der Landesregierung und der Begrüßung durch den Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Heinz Maurus. Anschließend fanden sich die Teilnehmerinnen zur ersten Sitzung zusammen, bei der es um die Vorstellung und Ergänzung der Jahresberichte ging. Am Abend sorgte ein Besuch im Kieler Schifffahrtsmuseum für einen guten Ausklang. Der Samstag hatte kulturelle Themen, aber auch Vorträge wie „Frauen und Jugend“ zum Inhalt. Referentinnen waren Jutta Kürtz, Journalistin und Medienreferentin des LFR SH, Ute Erdsiek-Rave, stellvertretende Ministerin für Bildung und Frauen in SH, Eva-Maria

Welskopp-Deffaa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie Prof. Dr. Karin Lochte, biologische Ozeanographie am Leibnizinstitut Kiel. Einen Gastvortrag hielt die Kieler Oberbürgermeisterin Angelika Völquartz. Die Talkrunde „Kultur Perle Mythos“ beendete die offizielle Sitzung. Am Abend fand eine Fahrt mit der „MS Stadt Kiel“ zur Gebr. Friedrich Werft statt mit einer Präsentation „Living on Water“ (Vorstellung eines sehr eleganten Hausbootes).

Am Sonntag mussten die geschäftlichen Dinge erledigt werden: Berichte über die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Anträge und Planung für 2007. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen ist der nächste Ausrichter der Bundeskonferenz, die voraussichtlich am zweiten Wochenende im Juni 2007 stattfinden wird. Der Wunsch aller Teilnehmerinnen: Die Frauenpolitik möge eigenständig sein, denn die Gesellschaft kann auf qualifizierte Frauen nicht verzichten.

(wolf)

Gemeinsam mit dem LFR aktiv

• Der LandesFrauenRat (LFR) Berlin möchte die Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern intensivieren und bietet seinen Mitgliedsverbänden daher an, ausgewählte Veranstaltungen künftig gemeinsam mit dem LFR durchzuführen. Die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen hat dieses Angebot Mitte August den Vorsitzenden in einem Rundschreiben erläutert. Das gehe natürlich nur, wenn die Mitgliedsverbände dieses neue „Zusammenspiel“ auch wollten, heißt es darin. „Außerdem planen wir, ab 2007 einmal im Jahr ein Vorsitzenden-Treffen durchzuführen. Ziel ist es, die Mitgliedsverbände nicht nur über ihre Delegierten, sondern auch über die Vorsitzenden zu vernetzen“, infor-

mierte von Friesen über die weiteren Überlegungen des LFR-Vorstandes.

Erste gemeinsame Termine stehen bereits fest: Der Katholische Frauenbund organisiert am 8. November einen Besuch des Bundesfrauenministeriums, am 16. November findet im UCW, dem Sitz des LFR, eine Diskussion zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zusammen mit dem Deutschen Juristinnenbund statt (mehr Infos dazu auf dieser Seite und Seite 5). Ideen für solche gemeinsamen Veranstaltungen, für die sich auch das UCW als Gastgeber anbietet, nimmt die LFR-Geschäftsführerin Sabine Röhrbein unter 785 70 10 und lfr-berlin@t-online.de entgegen. (sbr)

Rückblick: Frauen kommen – und wohin geht die Macht?

Gute Beteiligung beim LFR-Seminar mit der Evangelischen Akademie

♦ Erfreulich war die Resonanz auf das Seminar „Frauen kommen – und wohin geht die Macht?“, die der LandesFrauenRat (LFR) Berlin e.V. gemeinsam mit der Evangelischen Akademie am 30. Juni und 1. Juli auf dem Akademiegelände auf Schwanenwerder veranstaltete. Mehr als 70 Teilnehmerinnen und einige Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um das derzeit viel diskutierte Thema „Frauen und Karriere“ und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einmal aus anderem Blickwinkel zu diskutieren. Am ersten Seminartag sorgte zum Einstieg der Soziologe und Publizist **Reinhard Kreissl** mit seinem Buch „Die ewige Zweite“ für Aufsehen. Darin weist er akribisch nach, dass überall dort, wo Frauen kommen, Macht und Ansehen schwinden. Das ist so in der Politik, in den Medien und in den Hochschulen. Provokant gesagt: Frauen entwerten durch ihre bloße Anwesenheit. Diese These zog eine kontroverse Debatte nach sich. Die Situation in Norwegen – aus Frauensicht positiv – und in Polen – eher negativ – stand anschließend im Mittelpunkt (siehe Bericht im nebenstehenden Kasten). Den Abend gestaltete die australische Sängerin Kim Eustice mit ihrem ansprechenden Programm. Und zwischendurch wurde natürlich Fußball geguckt: Das WM-Fieber und die Euphorie über die deutschen Kicker hatten auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Schwanenwerder erfasst. So erwies sich der 1. Juli und zweite Seminartag in jeder Beziehung als strahlender Sommertag. Die Sonne lachte im Gegensatz zum Freitag, und sie tat es mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um die Wette, die sich vor allem über das Erreichen des Halbfinals der deutschen Fußballnationalmannschaft freuten. Deren Sieg gegen Argentinien im Elfmeterschießen war an Dramatik

kaum zu überbieten. Die LFR-Vorsitzende **Juliane von Friesen**, die am Vorabend noch im Olympiastadion mitgezittert und mitgefiebert hatte, nahm wie viele andere an der stimmungsvollen Morgenandacht teil, die **Pfarrerinnen Dr. Erika Godel** hielt.

Es schloss sich eine Diskussion mit dem Titel „Frauen in der evangelischen Kirche - Notnagel oder Gewinn?“ an. Sie wurde bestritten von **Pfarrerinnen Godel, Pröpstin Friederike von Kirchbach** und dem mit einer Pfarrerin verheirateten **Rolf Jalass**. Dieser wies darauf hin, dass der Begriff „Pfarrmann“ irreführend sei. Der Pfarrmann komme in der Historie nur vor als ein Mensch, der die Felder der Pfarrei für den Pfarrer bestellt und diesem somit ein Einkommen

sichert. Bis heute gäbe die evangelische Kirche seines Wissens nur Ratgeber für Pfarr(e)frauen heraus. Die von der Kirche von diesen erwartete kostenfreie Mitarbeit in der Gemeinde habe er nie geleistet. Weitgehend einhellige Meinung auf dem Podium und im Auditorium war, dass Partnerinnen von Pfarrern künftig auch nicht mehr wie selbstverständlich einen großen Teil der Gemeindegarbeit zum Nulltarif übernehmen würden. **Barbara Faccani** (LFR-Vorstand) verstand es durch ihre ebenso fachkundige wie lockere Moderation interessante Details aus dem Kirchenalltag aus allen herauszulocken. Absolut einig war man sich darin, dass Frauen ein Gewinn für die evangelische Kirche sind.

Fortsetzung auf Seite 4

Diskussion: Frauen in Europa

♦ „Europäische Frauenpolitik – Fortschritt, Rücktritt, Stillstand?“ Diese spannende Frage wurde an den Modellen Norwegen und Polen hinterfragt. Schließlich hat die EU das nächste Jahr als „Europäisches Jahr der Chancengleichheit“ ausgerufen, was sie sicher nicht täte, wenn schon alles erreicht wäre.

Aber wie sieht es nun in Norwegen und Polen aus? Die skandinavischen Länder sind im Bereich der Gleichstellung europaweit Vorbild. Außerdem befinden sich in Politik und Wirtschaft seit vielen Jahren Frauen in wichtigen Positionen und zwar in deutlichen Prozentzahlen und nicht nur handverlesen wie in Deutschlands Top-Management. Revolutionär ist auch die neue Regelung in Norwegen, dass Aufsichtsräte zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzt sind. Wichtig ist, dass diese Vorgabe durch Sanktionen abgesichert ist.

In Polen sieht die Situation der Frauen nicht so rosig aus. Hierzu

ein Zitat von Alina Petrowa-Wasilewicz: „Erst dann, wenn die Frauenlobby in Polen ein Denkmal für die unbekannte Köchin errichten wird, erst dann wird man feststellen, dass wir in einer Welt leben, in der die Frau Anerkennung und Prestige genießt...“

Der Frauenanteil im polnischen Parlament beträgt nur 22 Prozent, der Frauenanteil bei den Führungskräften liegt bereits bei 33 Prozent. Die Nase vorn haben die polnischen Frauen bei den Professorinnenstellen, hier sind es 18 Prozent (in Deutschland 8 Prozent) und bei den Existenzgründungen – da sind sie Spitzenreiter in Europa. Es diskutierten Lale Stengseng, Juristin und Erste Botschaftssekretärin der Königlichen Norwegischen Botschaft, sowie Alina Winiarski, Unternehmerin, die mit ihrem Mann ein Consulting Unternehmen in Berlin und Poznan betreibt. Moderatorin war die Berliner Rechtsanwältin Martina Haas.

(brouwers)

Einladung

LFR trifft Botschafterin

♦ Mitten im kalten Winter 2005 ließ sich Lilianne Lebron-Wenger, Botschafterin der Republik Paraguay, beim eher zufälligen Kennenlernen von der LFR-Vorsitzenden Juliane von Friesen und ihrer Stellvertreterin Marlies Brouwers für einen Gesprächsabend mit dem Landes-FrauenRat Berlin begeistern. Termin und Veranstaltungsort stehen nun fest.

Das Ludwig-Erhard-Haus in der Fasanenstraße ist am 13. November Gastgeber für den gemeinsamen Gesprächsabend des LFR Berlin und der Ladies Lounge des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) mit Ihrer Exzellenz Lilianne Lebron-Wenger. Die Veranstaltung, bei der die Situation der Frauen in Paraguay im Mittelpunkt stehen soll, beginnt um 18 Uhr. Sicher wird die Botschafterin des schönen südamerikanischen Landes auch gern über ihre familiären Beziehungen zu Deutschland und ihre Eindrücke von Berlin berichten, wo sie seit dem 14. Juni 2004 in der Hardenbergstraße 12 residiert.

Der Gesprächsabend wird gegen 20 Uhr ausklingen. Eingeladen sind die Delegierten der LFR-Mitgliedsverbände, aber auch deren Vorsitzende und Frauen aus ihren Reihen sowie interessierte Gäste. Männliche Begleiter sind willkommen. Für Speisen und Getränke zahlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des LFR voraussichtlich 10 Euro.

Um besser planen zu können, bittet der LFR bis spätestens 31. Oktober 2006 um Anmeldung mit Name, Anschrift, Telefon, ggf. Mailadresse und Mitgliedsverband unter Telefon: 785 70 10 oder Fax: 86 00 88 40 oder an lfr-berlin@t-online.de per Mail. Vielen Dank! (sbr)

Rückblick: Frauen kommen – wohin geht...

Fortsetzung von Seite 3

Als nächstes stand eine Diskussionsrunde unter dem Titel „Frauen in technischen Berufen – der richtige/sichere Karriereweg?“ auf dem Programm. **Heide-marie Wüst**, Diplom-Ingenieurin und Zentrale Frauenbeauftragte an der Technischen Fachhochschule Berlin, goss zunächst mit aktuellen Zahlen Wasser in den Wein: Ingenieurinnen seien drei Mal so oft arbeitslos wie Ingenieure. Hätten sie Arbeit, würden sie schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Der Einwand der Moderatorin **Juliane von Friesen**, immerhin seien 2003 neun Prozent Professuren in den Ingenieurwissenschaften an Frauen vergeben worden, und das obwohl es 19 Jahre zuvor lediglich zehn Prozent Studentinnen gegeben habe, erhellte das düstere Bild höchstens ein wenig. Dennoch rieten sowohl die Damen auf dem Podium, **Susanne Ahlers**, Staatssekretärin bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, und **Prof. Dr. Brigitte Stieler-Lorenz**, Diplom-Ingenieurin und Unternehmerin, als auch die Ingenieurinnen aus dem Auditorium nachdrücklich, ihren Beruf zu ergreifen. Sie alle würden es auf jeden Fall wieder tun.

Gestärkt durch ein ausgezeichnetes Mittagessen trug **Anja Sattler** anschließend die Erwartungen der jungen Führungsgeneration vor. Als Vorstandsmitglied des EWMD Berlin-Brandenburg und Vertriebsleiterin eines großen Unternehmens wies sie eindrucksvoll nach, dass bei vernünftiger Betrachtungsweise alles für Frauen in Führungspositionen spreche. Das fand auch **Dr. Brigitte Lammers**, Partnerin bei Egon Zehnder International, der



Engagierte Diskutantinnen: Heide-marie Wüst (links) und Brigitte Stieler-Lorenz. Foto: brouwers

größten Personalberatungsfirma in Europa. Sie zeigte auf, welche Vorteile ein konsequentes Diversity-Management für die Profitabilität eines Unternehmens gerade in Zeiten der Globalisierung habe. Positive Beispiele gebe es zur Genüge in den USA. Deutsche Unternehmen verhielten sich derzeit noch reserviert. Auch hier wurde wieder rege diskutiert.

Die zweitägige Veranstaltung wurde von allen äußerst positiv bewertet. Wesentlich dazu beigetragen haben die wunderschönen Räumlichkeiten der Evangelischen Akademie auf Schwanenwerder, die hervorragende Organisation durch die Akademie, allen voran **Silke Ewe**, und die Referentinnen, die ganz unkonventionell ihren Statements kleine, teils verblüffende, teils amüsante Geschichten aus ihrem Leben vorweg schickten. **Dr. Michael Hartmann** bedankte sich mit freundlichen Worten bei allen, **Juliane von Friesen** bedankte sich besonders bei ihm und seinem Assistenten bei dieser Tagung, **Benjamin Godel**. Da bei Seminaren bereits das nächste Viertelfinale zwischen England und Portugal anstand, schloss die LFR-Vorsitzende mit einem Wort Papst Benedikts: „Fußball ist das Heraustreten aus dem versklavten Ernst des Alltags in den freien Ernst dessen, was nicht sein muss und deshalb so schön ist.“ (JvF)

Kommission FreiwilligenPass eingerichtet

♦ Am 21. August 2006 fand in Anwesenheit der Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knaake-Werner, und des Chefs der Senatskanzlei, Staatssekretär André Schmitz, die konstituierende Sitzung der Kommission für den Berliner FreiwilligenPass statt. In dieser Kommission ist der LFR Berlin durch seine Vorsitzende Juliane von Friesen vertreten.

Im Roten Rathaus betonten die Vertreterin und der Vertreter des Berliner Senats die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements vieler Bürgerinnen und Bürger für Berlin. Mit dem FreiwilligenPass, den André Schmitz als eine Herzensangelegenheit bezeichnete,

soll eine neue Anerkennungskultur geschaffen und gelebt werden. Er nannte in diesem Zusammenhang drei Wünsche: die Gewinnung weiterer Organisationen für den FreiwilligenPass, ein klares Bekenntnis von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zum FreiwilligenPass wie zum Beispiel durch Bonuspunkte bei der Stellenbesetzung für FreiwilligenPass-Inhaberinnen und -Inhaber, und die enge Vernetzung aller sich ehrenamtlich Engagierenden.

Anschließend wurden die Geschäftsordnung für die Kommission nach kurzer Diskussion mit einigen Änderungen verabschiedet und die beiden gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Für die Zi-

vilgesellschaft hat Carola Schaaf-Drerichs vom Treffpunkt Hilfsbereitschaft, für den Senat Klaus Mielke aus der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz den Vorsitz übernommen. Der Schwerpunkt der nächsten Sitzung der Kommission wird das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums zum Gemeinnützigkeitsrecht sein. Das ist aus Sicht der Kommission ein äußerst brisantes Thema: Ohne zu übertreiben, hat der Deutsche Kulturrat die Ergebnisse des Gutachtens bereits als Frontalangriff auf die Gemeinnützigkeit und damit auf das Ehrenamt schlechthin bezeichnet. (von Friesen)

LFR und Juristinnen laden ein zum AGG

♦ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist seit dem 18. August in Kraft. Damit sind die EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung und Antidiskriminierung endlich in nationales Recht umgesetzt. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Deutschen Juristinnenbund will der LandesFrauenRat Berlin über das Gesetz informieren und mögliche Fallen aufdecken.

Ein AGG war schon lange überfällig, drohte der Bundesrepublik doch bereits ein „Bußgeld“, die Umsetzung der EU-Richtlinien war lange angemahnt. Als Blockierer einer einvernehmlichen Regelung erwies sich noch unter der rot-grünen Bundesregierung die Union, die strikt eine Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf Menschen mit Behinderung und Menschen mit homosexueller Identität sowie Seniorinnen und Senioren ablehnte. In der Großen Koalition stimmte sie dieser Ausweitung nach langen Verhandlungen jedoch zu, so dass das Gesetz sowohl Bundestag als auch Bundesrat passieren konnte. Im Vorfeld hatte es insbesondere über das so genannte Verbandsklagerecht

heftige Debatten gegeben, Wirtschaftsvertreter und Versicherungen hatten sich vehement dagegen ausgesprochen.

Was aber steht nun wirklich im Gesetz? Welchen Schutz bietet es insbesondere Frauen, wenn sie einzig wegen ihres Geschlechts oder ihrer lesbischen Identität diskriminiert werden? Wie können sie ihr Recht durchsetzen und wer darf ihnen dabei zur Seite stehen? Welche Folgen hat das Gesetz andererseits für Gastwirtinnen und Vermieterinnen, für Arbeitgeberinnen und Versicherungsmaklerinnen? Hat das Gesetz für die Gehaltsentwicklung von Frauen Folgen? Über diese und weitere Fragen werden die Delegierten des LFR Berlin und die Juristinnen am 16. November 2006 in der Zeit von 18 bis 20 Uhr diskutieren. Referentin ist Ingrid Weber, Vorsitzende Richterinnen am Landesarbeitsgericht a.D., Veranstaltungsort das Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW), Signaringer Straße 1, nahe U-Bahnhof Blissestraße. Der LFR Berlin hat den Konferenzsaal in der vierten Etage gemietet. (sbr)

LFR im September

♦ „Das Bezirksamt Mitte und die Quartiersmanagements Soldiner und Pankstraße laden zur feierlichen Eröffnung des neugestalteten Pankegrünzugs sowie der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Soldiner Kiez ein“, informierte kürzlich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung über eine Fahrradtour am 31. August mit Start am Quartiersladen in der Koloniestraße. Tatsächlich gehört der Weddinger Soldiner Kiez zu Berlins erfolgreichen Vorzeigeprojekten. Hier engagieren sich Anwohner, Gewerbetreibende und Bezirk, um den Kiez lebenswert zu machen (www.quartiersmanagement-berlin.de).

Die Chancen und Perspektiven von Quartiersmanagement stehen bei der Mitgliederversammlung des LFR Berlin am 25. September 2006 um 18 Uhr im Konferenzsaal des UCW, Signaringer Straße 1, im Mittelpunkt. An diesem Tag stellen sich auch zwei Organisationen vor, die die Aufnahme in den LFR beantragt haben: der Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. VdU und der Verein Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur e.V. NIKE. (sbr)

Konservative wollen Abtreibung verschärfen

Gemeinsame Erklärung wendet sich gegen zusätzliche Hürden

♦ In einem Statement vom 21. Juni 2006 haben sich zehn Organisationen und Verbände gegen eine Verschärfung des § 218 ausgesprochen, wie sie derzeit von den Unionsparteien diskutiert wird. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), der AWO-Bundesverband e.V., die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V., der DGB-Bundesfrauenausschuss, die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V., der Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision (EKFUL), die Humanistische Union e.V., der pro familia-Bundesverband e.V., der VAMV-Bundesverband e.V. und das Zukunftsforum Familie e.V. wollen dagegen die freiwillige Beratung der hilfesuchenden Frauen verbessern.

Insbesondere Spätabtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche und die so genannte medizinische Indikation sind der Union ein Dorn im Auge. Die CDU-regierten Länder Sachsen und Thüringen setzten sich jüngst für die Senkung staatlicher Hilfen bei Abtreibung ein. Das gesparte Geld solle stattdessen Paaren zu Gute kommen, die ihren Kinderwunsch nur via künstlicher Befruchtung erfüllen können.

Zusätzliche Beratung?

Die Fraktionsspitzen von Union und SPD wollen sich laut „Spiegel“ im September mit Kirchenvertretern treffen, um ethische Fragen und unter anderem Spätabtreibungen zu sprechen. CDU und CSU wollen ein zusätzliches Beratungsgespräch und eine dreitägige Bedenkzeit für Eltern vor einem möglichen späten Schwangerschaftsabbruch einführen. Die SPD hält sich zurück, in den Koalitionsverhandlungen wollte sie das Thema „Abtreibung“ nicht behandeln, fürchtet sie doch, die

Konservativen könnten den § 218 zur Disposition stellen.

Mehrere hunderte Spätabtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche und rund 180 nach der 23. Schwangerschaftswoche werden in Deutschland pro Jahr gezählt. „Der Anteil aller Schwangerschaftsabbrüche nach medizinischer Indikation liegt bei jährlich etwa 2,5 Prozent oder 3.200 Fällen“, so die Organisationen in ihrem gemeinsamen Statement.

Medizinische Indikation?

Medizinische Indikation bedeutet, wenn der „Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann“. Jeweils zwei Ärztinnen oder Ärzte haben zu entscheiden, ob eine medizinische Indikation nach § 218 a vorliegt. Ein „auffälliger“ Befund des Fötus ist laut Gesetz (1995) keine ausreichende Begründung für die medizinische Indikation.

Die zehn Organisationen und Verbände sprechen sich auch gegen eine Pflichtberatung der Frauen vor einem Schwangerschaftsabbruch nach medizinischer Indikation aus. „Jede gesetzlich vorgeschriebene Beratung widerspricht den fachlichen Grundsätzen von psychosozialer Beratung, denen Fachverbände der institutionellen Beratung verpflichtet sind“, heißt es dazu. „Die Kompetenz einer Frau, das künftige eigene Leben, das gemeinsame des betroffenen Paares und das der möglicherweise bereits vorhandenen eigenen

Familie einschätzen zu können, darf durch eine Pflichtberatung, nicht noch zusätzlich erschwert werden.“ Stattdessen fordern die Verbände, „die freiwillige Nutzung der Beratung bereits vor Inanspruchnahme der vorgeburtlichen Diagnostik zu fördern. Zu diesem Zeitpunkt stehen weder die Frau noch das Paar unter Zeitdruck und können durch Beratung in die Lage versetzt werden, Nutzen und Risiken der Verfahren abzuwägen und die möglichen Konsequenzen der Untersuchungen zu überdenken.“ Sie appellieren an die behandelnden Ärztinnen und Ärzte, auf diese freiwilligen Beratungsangebote hinzuweisen. „Sie sollten mit ihrer fachlichen Kompetenz, eine Frau dazu bewegen, den Schritt zu einer freiwilligen Beratung zwischen der Information über die Diagnostik und deren mögliche Folgen zu machen. Anzustreben ist in diesem Zusammenhang auch eine enge Zusammenarbeit und ein interdisziplinärer Erfahrungsaustausch zwischen ÄrztInnen und Beratungseinrichtungen.“

Kostenfreier Anspruch?

Die Infrastruktur von Beratungsstellen sei in allen Bundesländern gegeben. In allen eine Schwangerschaft berührenden Fragen sei außerdem der Anspruch auf psychosoziale Beratung gesetzlich festgeschrieben. „Dieser kostenfreie Anspruch auf freiwillige Beratung, den eine Frau hat, sollte auch durch die Ärzteschaft besser kommuniziert werden“, betonen die Verbände.

Für eine dreitägige Wartezeit vor einer Abtreibung nach medizinischer Indikation sehen die Organisationen keinen Anlass: „Wenn verantwortungsvolle ÄrztInnen Frauen und Paare ausführlich informieren und auf psychosoziale Beratungsangebote hinweisen, entsteht Bedenkzeit.“ (sbr)

Familienplitting versus Ehegattensplitting

Böckler-Stiftung und DIW raten zur Vorsicht

♦ Immer öfter steht es zur Debatte – das Ehegattensplitting. Es bevorzuge kinderlose Eheleute gegenüber unverheirateten Eltern, sei damit unzeitgemäß und müsse durch zum Beispiel ein zeitgemäßes „Familienplitting“ ersetzt werden. Diese Art Splitting gehört abgeschafft, die dadurch frei werdenden Mittel sollen auf Frauen und Männer, die Kinder erziehen, verteilt werden.

Tatsächlich begünstigt die geltende Steuerregelung am stärksten Ehepaare, die nach dem Alleinverdienstmodell leben. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Danach kostete das Ehegattensplitting den Bund im vergangenen Jahr 19,1 Millionen Euro.

Der Umbau des Ehegattensplittings hin zu einem „Familienplitting“ löse jedoch nur einen kleinen Teil der Probleme, die das gegenwärtige System der Ehegattenbesteuerung aufwirft. Darauf wies kürzlich die Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, Prof. Dr. Heide Pfarr, hin. „Gegen ein Familienplitting sprechen

wichtige Argumente, die auch gegen das Ehegattensplitting sprechen: So erzielen hohe Einkommen einen größeren Splittingvorteil als niedrigere, unverheiratete Eltern sind davon ausgeschlossen“, so Pfarr. „Die Steuerentlastung fließt direkt nur der erwerbstätigen Person zu, in der Regel dem Ehemann.“

Schließlich bleibe, je nach Ausgestaltung einer möglichen Reform, wahrscheinlich auch kinderlosen Ehepaaren ein erheblicher Steuervorteil. „Das Ehegattensplitting ist dringend reformbedürftig. Aber angesichts dieser Defizite gibt es bessere Alternativen als ein Familienplitting, um Familien effektiv zu fördern“, so die Professorin. Durch eine verfassungskonforme Reform der Ehegattenbesteuerung lassen sich nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung zusätzliche Steuereinnahmen zwischen 7,5 und 8 Milliarden Euro erzielen. Diese Summe könnte außerhalb des Steuersystems erheblich effektiver für die Förderung von Familien eingesetzt werden, beispielsweise für den Ausbau von Einrichtungen zur

Kinderbetreuung. Das Ehegattensplitting könne durch eine Individualbesteuerung mit zweitem übertragbarem Grundfreibetrag abgelöst werden. Das Alternativmodell sieht für jeden Ehepartner einen Grundfreibetrag vor, der das Existenzminimum von der Einkommensteuer freistellt. Wird der persönliche Freibetrag nicht ausgeschöpft, kann er auf die Partnerin oder den Partner übertragen werden. „Die Neuregelung würde die richtigen Impulse geben: Sie bringt die berufliche Gleichstellung von Frauen voran – und sie öffnet Wege für eine bessere Familienförderung.“

Die Einführung eines Familienplittings würde vor allem Familien im obersten Einkommensbereich steuerlich entlasten und wäre kaum ein Anreiz für verheiratete Frauen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Zu diesem Ergebnis kommt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin auf Grundlage eines von der Fritz Thyssen Stiftung finanziell geförderten Forschungsprojekts. Vorbild für das Familienplitting ist Frankreich. (sbr)

Kinderfreundliche Uni?

♦ An Hochschulen ist es nach wie vor besonders schwer, Familie und Beruf zu vereinbaren. Ein Forscherinnenteam der Universität Dortmund unter Leitung von Professorin Sigrid Metz-Göckel hat neue Daten veröffentlicht: Im Jahr 2004 waren 77,3 Prozent der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler im Alter bis zu 42 Jahren ohne Kinder. Zehn Jahre zuvor 1994 betrug die Kinderlosigkeit 73,1 Prozent – für die Wissenschaftlerinnen ein Hinweis darauf, dass sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren eher verschlechtert haben. Wer eine Karriere in der Wissenschaft anstrebt, verzichtet

deshalb häufig auf Kinder. Junge Forscherinnen und Forscher verschieben den Nachwuchs auf später, weil sie lange auf eine Festanstellung warten, ihre Jobs unsicher sind und Kinder und die wissenschaftliche Karriere schwer zu vereinbaren scheinen. Das Forscherinnenteam hatte die familiäre Situation der gut 22.000 wissenschaftlichen Nachwuchskräfte aller Universitäten Nordrhein-Westfalens analysiert.

Mehr zum Thema Kinder, Uni und Karriere erfahren interessierte Frauen unter www.frauenmachenkarriere.de (Brancheninformation/Bildung und Forschung) im Internet.

Fördermittel für Initiativen

♦ Das Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS), das kleine lokale Initiativen mit bis zu 10.000 Euro fördert, wird fortgesetzt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will das Engagement in diesem Bereich zunächst bis zum Jahr 2013 unterstützen. Mit LOS sollen Menschen in Initiativen, Vereinen oder lokalen Organisationen gefördert werden, die besonders auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Bisher haben laut Ministerium 8.800 Projekte und rund 230.000 Menschen von dem Programm profitiert.

Weitere Infos sind unter www.los-online.de zu finden.

Frauen in der Unternehmensnachfolge

♦ Unter dem Motto „Nachfolge ist weiblich!“ hat die bundesweite Gründerinnenagentur (bga) eine Initiative angestoßen, um mehr Frauen als bisher zu ermutigen, ein Unternehmen zu übernehmen. Die Initiative wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt. Bis 2009 werden rund 354.000 Unternehmensnachfolgen allein im familiären Bereich erwartet. Diese Übergaben betreffen etwa 3,4 Millionen Arbeitsplätze. Ein volkswirtschaftlich drängendes Thema auch für Frauen, die als Kandidatinnen in Frage kommen, Unter-

nehmen in Nachfolge zu übernehmen. Neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind weitere Partner in einer so genannten Task Force aktiv. Ziel ist, durch gemeinsame Aktionen und Maßnahmen zu erreichen, dass mehr Unternehmensfamilien die Potenziale ihrer Töchter und Mitarbeiterinnen anerkennen und ihnen die Nachfolge übertragen sowie mehr Expertinnen und Experten mehr Unternehmensnachfolgen durch Frauen begleiten.

Die einzelnen Aktivitäten, die von der Task Force entwickelt und um-

gesetzt werden, sollen dazu beitragen, dass die Unternehmensnachfolge durch Frauen enttabuisiert wird und ein positives Image für dieses Thema entsteht. Der Gedanke an eine weibliche Unternehmensnachfolge soll künftig zur Selbstverständlichkeit werden und bereits bei der Gründung mitgedacht werden. Regionale Aktionen und Maßnahmen werden unter dem Dach der bga gebündelt und die Informationen Interessierten zur Verfügung gestellt.

Mehr dazu ist im Internet unter www.gruenderinnenagentur.de zu finden.

Frauengehälter auf dem Prüfstand

♦ Mit durchschnittlich 40.642 Euro lag der Bruttoverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vergangenen Jahre um 2,1 Prozent höher als 2004, meldete unlängst das Statistische Bundesamt. Die Spanne reichte dabei von 12.155 Euro bei weiblichen Arbeiterinnen im Wirtschaftszweig „Herstellung von Holzwaren“ in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zu fast 72.369 Euro bei männlichen Angestellten in der Zigarettenherstellung im Alt-Bundesgebiet.

Dass den niedrigsten Verdienst eine Frau und den höchsten ein Mann in der Lohntüte hat, ist durchaus typisch: Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten 2005 durchschnittlich 33.909 Euro im Jahr und damit fast 9.000 Euro weniger als vollzeitbeschäftigte Männer (zum Vergleich: 42.794 Euro). Dieser Verdienstabstand zeigt sich sowohl in West- wie Ostdeutschland. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war der geschlechterspezifische Verdienstabstand mit gut 3.700 Euro aber geringer. Allerdings nahm der Unterschied zwischen Männern und Frauen in Ostdeutschland im Vergleich zum Jahr 2004 um 200 Euro zu – die Bruttoverdienste der Männer sind um 1,6 Prozent, die

der Frauen aber nur um 1,1 Prozent gestiegen. „Aus dem geschlechterspezifischen Verdienstabstand kann nicht geschlossen werden, dass Frauen im gleichen Unternehmen für die gleiche Tätigkeit anders bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen“, urteilt das Statistische Bundesamt. „Die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern lassen sich vielmehr durch Unterschiede in der männlichen und weiblichen Arbeitnehmerstruktur erklären“, führt es aus. Diese Unterschiede seien „beispielsweise gekennzeichnet durch Unterschiede im Anforderungsniveau, der Verteilung auf besser und schlechter bezahlte Wirtschaftszweige, der Größe der Unternehmen, der Zahl der Berufsjahre, der Dauer der Betriebszugehörigkeit und des Ausbildungsniveaus“, meinen die Statistiker. Frauenpolitikerinnen bleibt es vorbehalten, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Doch allmählich gleichen sich die Verdienste von Frauen und Männern an – ganz allmählich: Denn schenkt man einer Erhebung des Zentrums für Wirtschaftliche Leistung an der London School of Economics Glauben, so müssen Frauen noch 150 Jahre warten, bis sie genau so viel verdienen wie

Männer. Hochqualifizierte Frauen unter 30 Jahren haben schon aufgeholt und bringen mehr Gehalt nach Hause als ihre männlichen Kollegen. Doch bei den über 30-Jährigen ist es genau andersherum aus. Diese Frauen in Führungspositionen werden deutlich schlechter bezahlt, so das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vom Juni 2006. Die Datenerhebung stammt von 2004, wo lediglich 30 Prozent aller Führungskräfte weiblich waren. Männer verdienten demnach 2004 4.200 Euro brutto im Monat und damit 27 Prozent mehr als Frauen, die nur 3.300 Euro verdienten.

Babypause hinderlich

Die geringeren Karrierechancen von Frauen über 30 sind laut einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nach wie vor auf Babypause, Kindererziehung und eine traditionelle Arbeitsteilung in der Partnerschaft zurückzuführen.

Angesichts des kürzlich in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bleibt abzuwarten, wie die Diskussionslinien bei der Gestaltung der Gehälter von Frauen und Männern künftig verlaufen. (sbr)



Unbeschreiblich
weiblich?!



Die Berlin-Wahl 2006 in „Wir Berlinerinnen“

WAHLPRÜFSTEINE 2006

Welche Überlegungen zu einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen will Ihre Partei umsetzen?

Welche Konsequenzen zieht Ihre Partei aus dem Senatsbericht „Frauen in Berlin“ für die berufliche Bildung?

Wie möchte Ihre Partei Frauen den Zugang in männerdominierte Berufe erleichtern?

Was will Ihre Partei tun, damit sich die Wachstumsbranche Gesundheit auch positiv auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkt?

Wird Ihre Partei nach den Wahlen ein eigenes Frauenressort beibehalten?

Was versteht Ihre Partei unter Geschlechtergerechtigkeit?

Wie ernst nimmt Ihre Partei die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) zum Beispiel in den Vorständen der landeseigenen Betriebe? Könnte die Justizverwaltung ein Vorbild für die Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen sein?

Hat sich das LGG bei der öffentlichen Auftragsvergabe bewährt und will Ihre Partei künftig daran festhalten?

Welche Instrumente zur Integration der Kinder und ihrer Eltern, insbesondere der Mütter in das Bildungssystem sieht Ihre Partei vor? Könnte eine Kitapflicht ein Instrument sein, bildungsferne Schichten und Familien mit Migrationshintergrund zu integrieren?

Welche Maßnahmen gegen Zwangsehe, Zwangsprostitution und Frauenhandel will Ihre Partei einleiten?

Der Vorstand des LandesFrauenRates Berlin e.V. hat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen am 17. September 2006 einen frauenpolitisch bedeutsamen Fragenkatalog zusammengestellt. Dieser soll den Wählerinnen helfen, ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Der LandesFrauenRat empfiehlt Ihnen, den Berlinerinnen, eine gründliche Prüfung der Parteien sowie der Kandidatinnen und Kandidaten. Nutzen Sie die Gelegenheit und fragen Sie die Parteien und Abgeordneten, was aus ihren Versprechungen zur Berlin-Wahl 2001 geworden ist. Fragen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten, wie Sie künftig die Frauen- und Geschlechterpolitik gestalten wollen.

Prüfen Sie! Bei jeder Gelegenheit, hartnäckig und mit konkreten Fragen. Haben Sie den Mut, dies auch öffentlich zu tun.

Warum prüfen? Weil Sie so die Chance haben, künftige Abgeordnete in die Pflicht zu nehmen, Ihre Interessen wirklich zu vertreten, und nicht über den Kopf der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu regieren.

Gehen Sie zur Wahl! Bringen Sie Ihr Wissen, Ihre Lebenserfahrung und Ihre soziale Verantwortung ein!

Von Kandidatin bis Wahlprogramm

Die Berlin-Wahl 2006 im frauenpolitischen Focus

♦ Rund 2,44 Millionen Berlinerinnen und Berliner sind am 17. September 2006 aufgerufen, in den insgesamt 2.501 Wahllokalen über die Zusammensetzung des 16. Berliner Abgeordnetenhauses zu entscheiden. Bei der gleichzeitig stattfindenden Wahl der zwölf Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) sind 2,62 Millionen Menschen wahlberechtigt, darunter 120.000 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger und 60.000 16- und 17-Jährige, die erstmals an der Wahl teilnehmen dürfen. Außerdem steht das Votum einer Volksabstimmung über neue Bedingungen bei Volksinitiativen, Volksentscheiden und Volksbegehren aus. Von den knapp 3,4 Millionen Einwohnern der Hauptstadt sind 1,74 Millionen Frauen (Männer 1,66), auch mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten ist weiblich.

Die Kandidatinnen

Beim Blick auf das Tableau der Kandidatinnen und Kandidaten stellt sich Ernüchterung ein: Für Abgeordnetenhaus und BVV kandidieren trotz der weiblichen Über-

macht bei der Wählerschaft mehr Männer als Frauen. Im beginnenden Wahlkampf hat es die Abgeordnete und Vorsitzende der Liberalen Frauen Berlin Mieke Senftleben auf den Punkt gebracht: „Der Frauenanteil im Parlament und in den Bezirksverordnetenversammlungen ist zu gering. Ich glaube, der Blick ist nicht da, und den müssen wir schärfen.“

Vor allem aber müsste ihre eigene Partei den Blick schärfen, denn sie hat erneut weniger Frauen zur Wahl aufgestellt als jede andere der im Berliner Parlament vertretenen Konkurrentinnen. Von 77 Direktkandidaten und den 71 Kandidaten auf den liberalen Bezirkslisten für das Abgeordnetenhaus sind jeweils nur ein Dutzend Frauen. Schon vor fünf Jahren gingen von den 15 Mandaten, die die FDP errang, nur zwei an Frauen. Auch die CDU will deutlich weniger Frauen als Männer ins Berliner Parlament schicken: 64 Direktkandidatinnen gegenüber, von den 144 Listenkandidaten sind 44 Frauen. Im bevölkerungsreichs-

ten Bezirk Pankow mit neun Wahlkreisen schafft sie es, keine einzige Frau aufzustellen. Gleiches gilt hier übrigens für die FDP, die in der Regel sonst mit einer Alibifrau antritt. Rühmliche Ausnahme ist Reinickendorf, wo Mieke Senftleben zu Hause ist. Hier schicken die Liberalen bei sechs Wahlkreisen drei Frauen ins Rennen, die Bezirksliste ist je zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzt.

Die CDU-Frau Sabine Bergmann-Pohl, 1990 Präsidentin der Volkskammer der DDR, berichtete kürzlich am Rande einer Veranstaltung, wie die CDU-Männer ohne Zögern die Geschäftsordnung der Partei ignorierten, die auf jedem dritten Kandidatenplatz eine Frau vorsieht. Die in der SPD-Satzung festgeschriebene Quote funktioniert dagegen - meistens jedenfalls. In den Wahlkreisen kandidieren 34 SPD-Frauen, auf den Listen sind es 56 Frauen und 67 Männer. Die Linkspartei.PDS hat dagegen nur 28 Direktkandidatinnen aufgestellt, bei Bündnis 90/Die Grünen sind es 31. Die Grünen werden jedoch kaum einen Wahlkreis gewinnen können und so wird hier die Landesliste „ziehen“, die von 22 Frauen gegenüber 18 Männern dominiert wird. Auch bei der Linkspartei.PDS stehen auf der Landesliste mehr Frauen- als Männernamen. Fazit: Ein entsprechendes Wahlergebnis vorausgesetzt könnten mit SPD, den Linken und den Grünen im neuen Abgeordnetenhaus annähernd zur Hälfte Frauen die Berliner Landespolitik mitgestalten. CDU und FDP drücken den Schnitt.

Die Spitzenkandidatin

Ohne Frau an der Spitze geht es bei den Bündnisgrünen nicht - das hat Tradition, das erwarten die Wählerinnen und Wähler. Und so sieht sich die grüne Franziska

Fortsetzung auf Seite 11

Kandidatinnen der AGH-Parteien bei der Berlin-Wahl 2006

Direktwahlkreise

	Gesamt	Frauen	Männer
SPD	78	34	44
CDU	78	14	64
Linke.PDS	78	28	50
B 90/Grüne	78	31	47
FDP	77	12	65

Listenkandidaturen*

	Gesamt	Frauen	Männer
SPD	123	56	67
CDU	144	44	100
Linke.PDS	50	26	24
B 90/Grüne	40	22	18
FDP	71	12	59

* SPD, CDU und FDP mit Bezirkslisten, Linke.PDS und B 90/Grüne mit Landeslisten

Von Kandidatin bis Wahlprogramm

Fortsetzung von Seite 10

Eichstädt-Bohlig einzig männlichen Konkurrenten gegenüber (wenn man von der WASG abieht). Auch das ist ein vertrautes Bild. Der nächste Regierende wird zweifellos wieder ein Er sein.

Da lohnt es sich schon eher die möglichen künftigen Spitzen der Bezirke zu betrachten. Hier haben die Bündnisgrünen traditionell die Nase vorn, führen doch elf Frauen ihre BVV-Listen an. Bezirksbürgermeisterin wird jedoch höchstwahrscheinlich keine von ihnen werden. Das gilt sicher auch für die drei Spitzenkandidatinnen der FDP. Die Chance, Rathauschefin zu werden, haben dagegen die BVV-Spitzenkandidatinnen von SPD, CDU und Linkspartei.PDS. Mit Monika Thiemen (SPD) in Charlottenburg-Wilmersdorf und Marlies Wanjura (CDU) in Reinickendorf sowie Christina Emmrich (Linkspartei.PDS) in Lichtenberg stellen sich drei beliebte Amtsinhaberinnen zur Wiederwahl. Cornelia Reinauer, derzeit noch die vierte Frau im Rat der Bürgermeister, kandidiert für die Linkspartei.PDS in Friedrichshain-Kreuzberg diesmal fürs Abgeordnetenhaus. Sie könnte die Parteifreundin Kerstin Bauer beerben. Für die Sozialdemokraten wollen Sigrid Klebba in Friedrichshain-Kreuzberg, die frühere Sozialsenatorin Gabi Schöttler in Treptow-Köpenick und Ursula Meys in Spandau Bezirksbürgermeisterin werden, in Neukölln bewerben sich für die CDU Stefanie Vogelsang und die Linkspartei.PDS Dr. Sylvia Stelz um den Sessel der Verwaltungschefin.

Die Umfragen

Klaus Wowereit und die SPD sind seit Wochen im Umfragehoch. Zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner würden sich bei einer Direktwahl für ihn als Regierungschef entscheiden. Für seine Partei hat er das Ziel „30 Prozent plus X“ ausgegeben. Nach den bisheri-

gen Umfragen dürfte die SPD dies auch schaffen. Doch mit wem sie regieren wird, steht noch nicht fest. Wowereit kann sich eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS, aber auch eine rot-grüne Koalition vorstellen. Zuweilen beauftragen auch die Parteien selbst Umfragen: So fragte TNS Infratest Sozialforschung die Wahlberechtigten zwischen dem 18. und 22. August 2006 telefonisch im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: „Falls nach der Abgeordnetenhauswahl in Berlin nur zwei Regierungszusammensetzungen möglich sein sollten, nämlich eine Koalition aus SPD und der Linkspartei.PDS oder eine Koalition

Fortsetzung auf Seite 14

Die Frauen eine von 23 Parteien

♦ Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 17. September treten mehr Parteien als bei den vorangegangenen Wahlen an. Der Landeswahlausschuss hat die Landeslisten von 20 und die Bezirkslisten von drei Parteien zugelassen. Damit bewerben sich 23 Parteien um die Zweitstimmen der Berliner Wählerinnen und Wähler. Eine davon ist die Feministische Partei Die Frauen, die auch dem LandesFrauenRat Berlin angehört. Die Partei wurde vor zehn Jahren gegründet und nimmt mit wachsendem Erfolg an Wahlen teil. Fünf Kandidatinnen stehen auf der Landesliste. Mehr Infos sind unter www.feministischepartei.de zu finden. (sbr)

Kandidatinnen der AGH-Parteien bei der Berlin-Wahl 2006

Bezirksverordnetenversammlungen gesamt/Frauen

	SPD	CDU	Linke	B90/Gr	FDP
<i>Charlottenburg-Wilmersdorf</i>	46/20	52/21	12/5	25/13	11/2
<i>Friedrichshain-Kreuzberg</i>	41/14	23/4	28/11	34/17	10/3
<i>Lichtenberg</i>	31/12	24/5	43/24	14/6	12/3
<i>Marzahn-Hellersdorf</i>	24/6	20/6	42/20	12/5	5/0
<i>Mitte</i>	66/18	39/6	18/9	20/8	14/4
<i>Neukölln</i>	47/15	45/14	11/4	20/4	16/2
<i>Pankow</i>	53/19	25/6	34/14	21/9	8/1
<i>Reinickendorf</i>	50/19	58/16	7/2	8/3	12/3
<i>Spandau</i>	44/18	55/16	8/1	8/4	10/2
<i>Steglitz-Zehlendorf</i>	54/23	53/15	10/4	16/8	18/6
<i>Tempelhof-Schöneberg</i>	50/25	49/10	10/2	20/7	10/3
<i>Treptow-Köpenick</i>	41/11	26/7	36/15	9/2	12/2

Synopsis zu...

...Genderpolitik

...LGG

...Führungspos.

Berlin

SPD

- Gleichstellungs- politik als Quer- schnittsaufgabe

- geschlechts- paritätische Besetzung von Gremien der öffentli- chen Verwaltung

- Chancengleichheit als Faktor der Wettbewerbsfähigkeit
- Gleichberechtigter Zugang zu Führungs- positionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung



- Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe
- Geschlechter- gerechtigkeit in allen Bereichen
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer

- gleiche Chancen bei Einstellung und Aufstieg



- Ungleiche Zuwen- dungen mittels Gender Budget beenden
- Mehr Chancen für Männer in der Familien- arbeit durch Ausbau von Elterngeld und Elternzeit

- Auftragsvergabe konsequent an frauen- und familienpolitische Maßnahmen knüpfen
- geschlech- terparitätische Besetzung von Gremien

- Unternehmens- Ranking zur Chancen- gleichheit
- Regelung für Frauenbeteiligung in Gremien der Privatwirt- schaft



- GM ist kein Ersatz für Frauenpolitik
- Frauen- und Geschlechterpolitik als Querschnittsaufgabe
- durchgängige Verpflichtung in der Haushaltspolitik
- neue Lebens- entwürfe für beide Ge- schlechter ermöglichen
- Männern Zugang zu Teilzeitjobs und Elternzeit mehr ermöglichen

- eigenständiges Klagerecht der Frauen- vertreterinnen
- konsequente geschlechterparitätische Besetzung der Gremien in Verwaltung und Aufsichts- räten, Senat und Land Berlin als Vorbild

- besseres Control- ling der Frauenförderver- ordnung
- Gesetz zur Gleich- stellung in der Privatwirt- schaft



- Ganztagsangebote erhöhen Vereinbarkeit von Familie und Beruf

...Gründerinnen**...Arbeit****...MigrantInnen****...Integration**

- Bedingungen für Gründerinnen verbessern

- hohe Beschäftigungsquote von Frauen auf dem ersten Arbeitsmarkt soll erhalten bleiben
- Anteil junger Frauen bei der Ausbildung in technischen Berufen erhöhen

- Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt aktiv bekämpfen

- Sprachförderung der Kinder und Sprachangebote für Eltern (Deutsch können ist Pflicht)
- Zugang zu Bildung unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter und Einkommen gewährleisten

- gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Förderung in der Berufswelt
- Koordinierungsstelle mit den Kammern, Unternehmensverbänden und Arbeitsvermittlung zur Beratung und Qualifizierung von Berufsrückkehrerinnen

- Gleiche Bildungs-, Ausbildungs- und Berufschancen
- Qualifizierung zum ersten Arbeitsmarkt
- nur noch Zuwanderung in den Arbeitsmarkt

- Einschulung nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen
- Gleichberechtigung von Mann und Frau als Teil des Werterahmens bejahen

- Mikrokredite für Erwerbslose oder davon Bedrohte, was insbesondere Frauen stützt
- Förderung von Existenzgründungen von Frauen und Gründerinnenzentren

- materielle Eigenständigkeit von Frauen, daher: Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Ausbildung verbessern
- Frauen, die wegen Partner Anspruch verloren haben, profitieren von „Stelle statt Stütze“

- Angebote zur beruflichen Qualifizierung von Migrantinnen
- Anteil der MigrantInnen in öffentlicher Verwaltung erhöhen
- Ausbildungsprojekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund

- Integrationskurse müssen auf Gleichberechtigung von Frauen und Männern ausgerichtet sein
- kindbezogenes zusätzliches Personal zur Intensivierung der Sprachförderung
- Schuleingangsuntersuchung um ein Jahr vorziehen

- ExistenzgründerInnen leerstehende Gebäude (zum Betriebskostenpreis) anbieten

- Unterstützung von Frauen in männerdominierten Berufen
- Eigenständige Existenzsicherung
- Hartz-Gesetze geschlechtsspezifisch prüfen
- geschlechtsbezogener Ansatz bei Maßnahmen und Konzepten
- Wiedereingliederung

- Angebote für Migranten-Eltern an den Kitas

- „Deutsch als Zweitsprache“ in der LehrerInnen-Ausbildung
- Mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund
- mehr Teilungsunterricht und mehr SozialpädagogInnen bei mehr als 40% SchülerInnen nicht-deutscher Herkunft
- verpflichtende Sprachförderung im letzten Kitajahr

- Qualifizierung verhindert Parallelgesellschaften
- Sprachtest und -kurse bei Einwanderern und nachziehenden Ehepartnern mit Wertevermittlung

- Start-Klasse vor Einschulung mit Schuleingangsuntersuchung und Sprachtest
- Schulpflicht auch im Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht
- HochschulabsolventInnen mit Migrationshintergrund als Mittler an Schulen



Hintergrund

Repräsentative Wahlstatistik

Wie schon bei der Bundestagswahl 2005 wird auch bei der Berlin-Wahl 2006 eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Mit ihr werden einerseits die Wahlbeteiligung, andererseits die Stimmabgabe der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Altersgruppen im Wege der Stichprobe untersucht.

Zu der Stichprobe gehören 125 der insgesamt 2.501 Wahllokale und 23 der 467 Briefwahlbezirke. Sie stellen einen repräsentativen Querschnitt aller Wahlberechtigten dar. In den ausgewählten Wahllokalen erhalten die Wählerinnen und Wähler Zweitstimmzettel, die mit einem Unterscheidungsaufdruck versehen sind. Dieser kennzeichnet das Geschlecht und die Altersgruppe, wie zum Beispiel „Frau, geboren 1946 und früher“. Die Wahlberechtigten werden über das Verfahren mit Faltblättern informiert. „Jeder kann sich auf den Schutz seines Wahlgeheimnisses verlassen“, versichert Landeswahlleiter Andreas Schmidt von Puskás.

Die repräsentative Wahlstatistik gibt es bei Bundestagswahlen seit 1953. Das aufwändige Verfahren wurde auf Bundesebene bis 1990 durchgeführt und dann erst wieder bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Bei der Berlin-Wahl 2001 wurde keine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Von den vorhergehenden Wahlen liegt jedoch eine vor, so dass hiermit Vergleiche möglich sind. Die Ergebnisse der Stichprobe 2006 werden im Internet auf www.statistik-berlin.de/wahlen veröffentlicht – die Daten über die Wahlbeteiligung am 18. September, die Daten zur Stimmabgabe Anfang November 2006. Dann steht fest, wie die Berlinerinnen gewählt haben.

Von Kandidatin bis Wahlprogramm

Fortsetzung von Seite 11

aus SPD und den Grünen – welche der beiden Koalitionen würden Sie persönlich bevorzugen?“ 58 Prozent der 1.000 repräsentativ Befragten bevorzugen danach eine Koalition aus SPD und Grünen und 29 Prozent sprechen sich für eine rot-rote Koalition aus. Im Ostteil Berlins sind 45 Prozent für Rot-Grün und 42 Prozent für Rot-Rot. Ob dieses Umfrageergebnis auch am Wahlabend um 18 Uhr trägt, bleibt abzuwarten.

Dafür ausschlaggebend dürfte auch sein, ob es der SPD gelingt, einen oder mehrere der Ost-Berliner Wahlkreise direkt zu gewinnen. Bei den vorigen Wahlen war dies nicht der Fall, die östlichen Wahlkreise waren immer eine Bank für die PDS. Aktuell trauen Wahlforscher der SPD zu, 46 der 78 Wahlkreise zu gewinnen – einschließlich einiger in Ost-Berlin. Das wären auch deutlich mehr Mandate, als der SPD laut Wahlergebnis „30 plus X“ zustehen. So kommt es zu Überhang- und Ausgleichsmandaten, die die Zahl der Abgeordneten auf 163 steigen lassen könnte. Dadurch könnten

mehr Männer ins Berliner Parlament einziehen, weil dann die Listenkandidaten nachrücken. Das Portal www.election.de hat allerdings auch ermittelt, dass die rechtsextremen Parteien die für die BVV-Wahlen geltende Drei-Prozent-Hürde in einigen Bezirken schaffen könnten. Am höchsten ist das rechte Wählerpotenzial in Marzahn-Hellersdorf. Doch auch in Lichtenberg, Neukölln und Trepow-Köpenick sei dies möglich.

Die Wahlprogramme

Was sich im Personal ausdrückt, findet sich in den Wahlprogrammen wieder: Drei Mal taucht im FDP-Programm „Berlin kann nicht warten“ das Wort „Frau“ auf – so das Ergebnis der Suchfunktion im PC. Einen ausführlichen Entwurf zur Frauenpolitik stellen die Bündnisgrünen vor – die anderen Parteien behandeln das Politikfeld nicht so zentral, aber dennoch mit klaren Aussagen (eine Synopse finden Sie auf den Seiten 12 und 13). Nur ein Thema falten alle fünf Parteien gleichermaßen breit aus: die Bildungspolitik. Und das könnte wahlentscheidend sein.

(sbr)

Erstmals wählen mit 16 Jahren

♦ Darf mein Kind wirklich wählen?

Diese Frage wurde in den Bezirkswahlämtern in den vergangenen Wochen oft gestellt, nachdem Anfang August die Wahlbenachrichtigungen für die Wahlen am 17. September verschickt worden sind. Und es ist richtig: Auch die rund 61.000 deutschen und ausländischen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Alter von 16 und 17 Jahren haben eine Wahlbenachrichtigung bekommen – erstmals dürfen sie in Berlin die Bezirksverordneten mitwählen. Berlins Landeswahlleiter Andreas Schmidt von Puskás appelliert an die jungen Leute: „Gehen Sie wählen, entscheiden Sie mit über die Zusammensetzung

der Bezirksverordnetenversammlung Ihres Bezirks.“

Insgesamt sind 2,3 Prozent der Wahlberechtigten zu den Bezirksverordnetenversammlungen unter 18 Jahre alt. In Marzahn-Hellersdorf wohnen die meisten 16- und 17-Jährigen, und zwar mehr als 8.300 – ihr Anteil an den Wahlberechtigten des Bezirks macht 3,9 Prozent aus. Die wenigsten Wahlberechtigten dieser Altersgruppe wohnen in Friedrichshain-Kreuzberg mit 3.200 Personen (1,7 Prozent).

Junge Erstwählerinnen und Erstwähler unter 18 Jahren, die noch keinen Personalausweis haben, können im Wahlbüro ihren Schülersausweis vorlegen.



Worum geht es bei der Volksabstimmung?

♦ Am 17. September entscheiden die Berliner Wählerinnen und Wähler nicht nur über die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses und der zwölf Bezirksverordnetenversammlungen, sondern in einer Volksabstimmung auch über Änderungen der Regelungen über Volksbegehren und Volksentscheid (Art. 62 und 63) in der Berliner Verfassung. Seit 1995 ist die jetzige Verfassung in Kraft. Sie bietet den Berlinerinnen und Berlinern Formen der direkten Demokratie. Die Hürden dazu haben sich aber als zu hoch erwiesen, denn bisher gab es kaum erfolgreiche Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide. Deshalb hat das Abgeordnetenhaus eine Verfassungsänderung beschlossen, die die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger leichter macht.

Volksinitiative

Durch eine erfolgreiche Volksinitiative wird das Abgeordnetenhaus beauftragt, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen. Bisher waren 90.000 Unterschriften aller Wahlberechtigten in Berlin für den Erfolg einer Volksinitiative nötig, in Zukunft sollen 20.000 reichen. Auch die Frist für die Unterschriftensammlung soll sich ändern und von zwei auf vier Monate verdoppeln. Außerdem sollen sich künftig schon 16- und

17-Jährige an einer Volksinitiative beteiligen können.

Volksbegehren und Volksentscheide

Um ein Volksbegehren beantragen zu können, werden künftig nur noch 20.000 statt bisher 25.000 Unterschriften benötigt. Mit einem Volksbegehren kann ein Volksentscheid erzwungen werden. Ebenfalls neu: Volksbegehren sind künftig auch dann zulässig, wenn sie Einnahmen und Ausgaben im Landshaushalt auslösen. Die Verfassungsmäßigkeit des Etats muss aber sichergestellt sein. Das für den folgenden Volksentscheid nötige Quorum wurde von zehn auf sieben Prozent gesenkt. Er ist erfolgreich, wenn sich eine Mehrheit der Abstimmenden dafür ausspricht. Jedoch muss diese Mehrheit aus mindestens einem Viertel aller Wahlberechtigten bestehen. „Wir wollen die Quoren für Volksabstimmungen und Volksentscheide senken, auch um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken“, erläutert Parlamentspräsident Walter Momper. „Den Bürgerinnen und Bürgern Berlins wird es dadurch wesentlich erleichtert, politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse unmittelbar mitzugestalten oder Gesetze auf den Weg zu bringen, so dass die repräsentative Demokratie um das plebiszitäre Element sinnvoll ergänzt wird.“

Erst- und Zweitstimme

♦ Ihre Erststimme geben die Berlinerinnen und Berliner für eine Kandidatin oder einen Kandidaten in ihrem Wahlkreis ab. Die Kandidatin oder der Kandidat, die oder der die meisten Stimmen in dem Wahlkreis bekommt, zieht auf jeden Fall ins Abgeordnetenhaus ein. Berlinweit gibt es 78 Wahlkreise. Mit ihrer Zweitstimme entscheiden sie über die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus. Hier stehen Listen von 23 Parteien zur Wahl. Diese konnten entschei-

den, ob sie mit landesweit einheitlichen Listen (Landesliste) oder in jedem Bezirk mit einer Bezirksliste antreten wollen. SPD, CDU und FDP sind die einzigen Parteien mit Bezirksliste. Bei der Berlin-Wahl 2006 gibt es 102 verschiedene Stimmzettel: 78 für die Erststimmen in den einzelnen Wahlkreisen, zwölf für die Zweitstimmen in den Bezirken und zwölf für die BVV-Wahlen. Hinzu kommt noch der Stimmzettel für die Volksabstimmung.

Webinfos zur Berlin-Wahl

♦ Informationen zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zu den Bezirksverordnetenversammlungen sowie zur Volksabstimmung über eine Änderung der Verfassung von Berlin sind im Internet auf der Website des Landeswahlleiters www.statistik-berlin.de/wahlen zu finden. Seit Ende August hilft unentschiedenen Wählerinnen und Wählern wieder der Wahl-O-MAT, eigene politische Vorstellungen mit einer Partei in Übereinstimmung zu bringen (www.wahlomat.de/berlin). Auf der Website www.kandidatenwatch.de können die Kandidatinnen und Kandidaten, die direkt in den 78 Berliner Wahlkreisen kandidieren, online befragt werden.

Gelbe Villa sucht Sponsoren

♦ Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nimmt das Kreuzberger Kreativ- und Bildungszentrum „gelbe Villa“ zum Anlass, jungen Menschen unter dem Motto „Wer die Wahl hat ...“ politisches Denken und Handeln verständlich zu machen. Altersgerecht sollen demokratische Grundwerte vermittelt und die Bedürfnisse Heranwachsender in der Stadt diskutiert werden. So werden gemeinsam mit erwachsenen Experten Fragen zum Beispiel zur kindgerechten Stadt behandelt. Die gelbe Villa wurde 2004 gegründet, alle Angebote des Hauses sind kostenfrei und werden täglich von 100 bis 150 Heranwachsenden vor allem aus sozial benachteiligten und Migrantenfamilien genutzt. Für das Projekt „Wer die Wahl hat ...“ hat die AsF-Landesvorsitzende und LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert 100 Euro gespendet, denn noch werden Sponsoren gesucht. **Auskünfte erteilt Andrea Wellbrock-Thumeyer unter 76 76 50 13, Email: wellbrock@die-gelbe-villa.de.**

Was tun, wenn die Akzeptanz der Macht fehlt...

LFR-Wahlforum im Rathaus Schöneberg

♦ Rege war das Interesse an der Gesprächsrunde des Landes-FrauenRates Berlin mit Frauenpolitikerinnen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Ende August im Rathaus Schöneberg. Neben vielen Delegierten waren auch viele Gäste aus den LFR-Mitgliedsverbänden und interessierte Frauen in den Kennedy-Saal gekommen, um die Positionen zu den vom LFR-Vorstand erarbeiteten Wahlprüfsteinen zu hören. So konnten Wählerinnen frauenpolitische Aspekte und Visionen für das Land Berlin erfahren von den Abgeordneten Ulrike Neumann, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Cerstin Richter-Kotowski, Familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Evrim Baba, Frauenpoliti-

sche Sprecherin der Linkspartei-Fraktion sowie Dr. Sibyll Klotz, Frauenpolitische Sprecherin und Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen und Mieke Senftleben, Frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

Die Stimmung bei der am Ende fast dreistündigen Veranstaltung fasst die Notiz einer Teilnehmerin zusammen: „Auf diesem Wege möchte ich mich für die Einladung zur gestrigen informativen und sehr interessanten Veranstaltung im Rathaus Schöneberg bedanken“, schrieb Elke Eckertt an den LFR Berlin, die gemeinsam mit Rosemarie Schöttler, der Vorsitzenden der Frauengruppen des Landesverbandes der Kleingärtner, zum Wahlforum gekommen war. Für Fragen aus dem Auditorium war trotz des ursprünglichen

Plans kaum Zeit, selbst wenn sich die Parteienvertreterinnen an die strengen Vorgaben von LFR-Moderatorin Barbara Faccani hielten. Die Fülle der Themen verlangte Podium und Publikum einiges ab, bewies aber: Frauen- und Geschlechterpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Keine Partei kann sich ihr mehr entziehen. In der Umsetzung dieser Erkenntnis wurden aber klare Unterschiede deutlich.

Für diese beim LFR-Wahlforum greifbaren Unterschiede stehen stellvertretend die Bemerkungen und Fragen der Teilnehmerinnen, die während der Diskussion bei der Anwältin des Publikums, LFR-Vorstandsfrau Marlies Brouwers, eingingen. (sbr)

Meinungen aus dem Auditorium

Mein Eindruck: Vom Landes-FrauenRat hört man relativ wenig; werden wir von den Politikerinnen zu wenig unterstützt. Schließlich leisten wir sehr viel ehrenamtliche Arbeit ohne jedwede finanzielle Aufwandsentschädigung!

Wieso äußert sich das politische weibliche Klientel viel zu wenig zur Lehrstellen-Misere?

Das Wünschen der Mädchen und Frauen hilft nicht, wenn die Akzeptanz auf der Seite der Macht – der „Old Boys“ – nicht besteht. Dann können sich Frauen in Berufe und Forderungen usw. hineinwünschen, so lange sie wollen.

Zur Gesundheit gehört die Prävention und da spielt die sportliche Betätigung eine Rolle. Sport wäre auch ein Weg der Integration. Was werden die Parteien gegen die regelmäßige Reduzierung der finanziellen Zuschüsse für den Landessportbund tun?

Jede(r) Schüler(in) muss während der Schulzeit ein viel zu kurzes Berufspraktikum machen. Die Stelle muss er sich selber suchen, was meist durch Beziehungen von Eltern bzw. Verwandten erfolgt. Warum ist es nicht möglich, über Schulen solche Stellen anzubieten?

In Ländern mit Brustkrebszentren mit EU-Norm wurde die Sterblichkeit von Frauen durch Brustkrebs zwischen 20 und 30 Prozent gesenkt. In Berlin gibt es erst eine zertifizierte Klinik. Unterstützt Ihre Partei die flächendeckende Einrichtung solcher Brustkrebszentren? Was haben Sie bisher dafür getan?

Wie kann der Widerspruch aufgelöst werden: Einfluss auf Frauen in Führungspositionen im Gesundheitswesen – immer stärkere Übereignung von Einrichtungen des Gesundheitswesens an den Markt?

Unterstützt Ihre Partei auch weiterhin das Fortbestehen der in Berlin erfolgreich arbeitenden Beratungsstellen für Berufsrückkehrerinnen und zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt?

Wie stehen Sie zur Grundsicherung?

Wie sieht konkret die Unterstützung von Berlinerinnen durch Beratungs- und Bildungsangebote, durch materielle Unterstützung und durch Hilfe zum Wiedereinstieg ins Berufsleben aus, um Frauen eine eigenständige Existenz zu sichern?

Ich wundere mich, dass die geschlechtsspezifische Datenerhebung gerade in der Agenda-Stadt Berlin nicht durchgeführt wird. Sie ist seit 1992 (UNO-Dokument) zwingend erforderlich. Ist das in den Agenda-Richtlinien, die im Juni im Abgeordnetenhaus verabschiedet wurden, erläutert oder diskutiert worden?

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

♦ Rund 23 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland freiwillig. Vor diesem Hintergrund ruft das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2006 zum zweiten Mal zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements auf. Mit einer Auftaktveranstaltung am 15. September in Berlin startet die diesjährige Aktionswoche. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler präsentieren sich dabei vom 15. bis 24. September bundesweit die freiwillig Engagierten mit ihren Projekten und Vereinen. Beim Auftakt in der Zeit von 11 bis 13 Uhr werden 400 Gäste im TIPI – das Zelt am Kanzleramt erwartet. Zum Programm, durch das Moderator Cherno Jobatey führt, gehören eine Ge-

sprächsrunde und Musik sowie die Uraufführung des Spots zur Aktionswoche 2006.

Neben den Themen „Sport“ und „Senioren“ will sich die Woche des bürgerschaftlichen Engagements besonders dem Engagement im Familienbereich widmen. Unter anderem soll am Beispiel des Bundesprogramms „Lokale Bündnisse für Familie“ der Nutzen des Engagements für mehr Familienfreundlichkeit herausgestellt werden. Die Kampagne unter dem Motto „GRÖSSE ZEIGEN“ soll vor allem deutlich machen, wie Engagement in das familiäre Zusammenleben integrierbar ist.

Weitere Infos finden interessierte EhrenamtlerInnen unter www.engagement-machtstark.de im Internet.

Freiwilligen-Tag und Fachtagung

♦ Eine Vielzahl von Veranstaltungen findet im Rahmen der Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2006 in Berlin statt. So laden die Bezirksämter Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf am 15. September zum „Tag des Ehrenamts“ auf den Charlottenburger Karl-August-Platz ein. Rund 100 Organisationen, Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppe und Initiativen werben von 13 bis 18 Uhr für ein buntes Feld von Tätigkeitsfeldern. Stars der Veranstaltung sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich in herausragender Weise ehrenamtlich engagieren und mit den bezirklichen Ehrenamtspreisen in Höhe von je 4.000 Euro ausgezeichnet werden. Bei der Preisverleihung assistieren Prominente.

Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft lädt am Berliner-Freiwilligen-Tag, dem 16. September, alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich freiwillig zu engagieren. Dazu bieten über 50 Vereine und Initiativen in ganz Berlin verschiedenste Mit-Mach-Aktionen an. Das unverbindliche Kennenlernen der Pro-

jekte und das gemeinsame Anpacken, wo Hilfe gebraucht wird, stehen an diesem Tag von 10 bis 18 Uhr im Mittelpunkt.

Die Stiftung Gute Tat informiert am 18. September in der Zinnowitzer Straße 1, von 18.30 bis 19.30 Uhr über das kurzzeitige Engagement, ein in Deutschland relativ neuer Bereich (Telefonkontakt: 39 08 82 23, Cristina Marina).

Ihre sechste Fachtagung „Reformperspektive Bürgergesellschaft – zwischen Abbau des Sozialstaats und mehr Demokratie wagen?!“ veranstaltet die Akademie des Ehrenamts am 21. September von 10.30 bis 18.00 Uhr im Haus Marchlewskistraße 27 in Mitte. Die „Bürgergesellschaft“ könne eine Bedingung für das Gelingen politischer Reformvorhaben sein, so die Akademie.

Mehr Informationen und eine Übersicht über die Angebote am Freiwilligen-Tag erhalten Interessierte unter www.berliner-freiwilligen-tag.de, Infos über die Akademie des Ehrenamts sind unter www.ehrenamt.de zu finden.

Unternehmerin des Jahres gesucht

♦ Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen verleiht 2006 zum zweiten Mal den Preis „Berliner Unternehmerin des Jahres“. Im Rahmen des Unternehmerinnentages am 28. Oktober wird Wirtschaftsminister Harald Wolf (Linkspartei.PDS) die Gewinnerin auszeichnen. Bewerben können sich Unternehmerinnen, deren Firma länger als drei Jahre am Markt ist und ihren Hauptsitz in Berlin hat. Bewerbungsschluss ist der 15. September.

Unterlagen sind unter www.berliner-unternehmerinnentag.de erhältlich.

BBE sucht Praktikanten

♦ Die Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sucht ab 1. Oktober 2006 für sechs Monate zwei Vollzeit-Praktikanten. Zu ihren Aufgaben gehört die Betreuung der Projektgruppen, der Homepage und Newsletters sowie die Vorbereitung von Veranstaltungen und Sitzungen. Die monatliche Vergütung beträgt 400 Euro. **Kontakt über Birger Hartnuß, Email: hartnuss@deutscher-verein.de, Telefon: 62 98 01 12.**

SPD-Kongress: Förderung von Freiwilligendiensten

♦ Freiwilligendienste gewinnen als besondere Form bürgerschaftlichen Engagements immer mehr Bedeutung. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Jugendfreiwilligendienste weiter entwickeln und generationsübergreifende Freiwilligendienste auch für die Älteren aufbauen. Dazu dient der Kongress „Engagement für das Engagement – Freiwilligendienste fördern“ am 20. September von 9 bis 17 Uhr im Berliner Reichstag. **Infos und Anmeldung telefonisch unter 22 77 37 29, per Mail an ute.kumpf@bundestag.de und auf www.spdfraktion.de im Netz.**

DF zieht Bilanz: Volltreffer mit „Abpfiff“

♦ Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 war in vielerlei Hinsicht ein großer Erfolg. Gleiches gilt für die Kampagne „Abpfiff – Schluss mit Zwangsprostitution“, mit der der Deutsche Frauenrat (DF) unterstützt von NetzwerkpartnerInnen und lokalen Bündnissen auch in Berlin anlässlich der WM gegen Menschenhandel protestierte. Ein überwältigendes weltweites Medienecho und über 55.000 Unterschriften für die Aktion sind das positive Ergebnis.

„Unsere Kampagne war ein Volltreffer“, freut sich die DF-Vorsitzende Brunhilde Raiser. „Nie zuvor wurde das Thema Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung derart breit in der Öffentlichkeit diskutiert.“ Der DF sei „froh, dass der erwartete Anstieg von Prostitution und die befürchtete Zunahme von Zwangsprostitution während der WM augenscheinlich ausgeblieben sind. Wobei wir davon ausgehen, dass die Polizeien der Länder verantwortungsbe-
wusst und sensibel mit dem The-

ma umgegangen sind und mit gebotenem personellen Einsatz am richtigen Ort zur richtigen Zeit ihre Kontrollen durchgeführt haben. Unsere Kampagne und die anderen bundesweiten und internationalen Aktionen gegen Zwangsprostitution haben also auch präventiv gewirkt“, ist sie sicher.

Um so ärgerlicher seien Stimmen, die der Kampagne nun „sensationsschreienden Alarmismus vorwerfen“, so die DF-Vorsitzende. „Denn wir haben diese horrenden, völlig übertriebenen Zahlen von Zwangsprostituierten, die angeblich zur WM ins Land strömen oder geschleust werden, nicht in die Welt gesetzt. Vielmehr haben wir immer erklärt, dass diese Zahl rein spekulativ und wahrscheinlich stark übertrieben ist und dafür plädiert, sie medial nicht weiter zu verbreiten. Doch bestimmte Medien haben sie lustvoll immer wieder aufgegriffen.“

Fakt ist: Zwangsprostitution ist ein Verbrechen, das auch in Deutschland und anderen europäischen

Ländern verbreitet ist, aber bislang kaum skandalisiert wird. „Abpfiff“ habe „die WM als Plattform genutzt, um auf Schattenseiten eines Großspektakels hinzuweisen“, betont Raiser. „Auch vor anderen Problemen wurde im Vorfeld der Spiele gewarnt, vor Hooliganismus zum Beispiel oder vor Rassismus und No-go-areas für Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Niemand hat das bislang als überzogen bezeichnet. Nur wenn es um Gewalt geht, von der in erster Linie Frauen betroffen sind, kommt der Vorwurf der Übertreibung, der Unseriosität. Dies ist ein altbekannter Abwehr-Reflex, den wir bereits aus den Debatten um Gewalt in der Familie, Vergewaltigung in der Ehe, sexuellen Missbrauch von Kindern etc. kennen. Für uns ist das der Beweis, dass wir den wunden Punkt getroffen haben.“

Weitere Infos zur Kampagne finden Interessierte unter www.abpfiff-zwangsprostitution.net im Internet.

Personalia

Die frühere SPD-Bundesministerin und Berliner Senatorin **Dr. Christine Bergmann**, deren Einsatz unter anderem das Gewaltschutzgesetz zu verdanken ist und die sich mit ihren Arbeitsbereichen Familie, Senioren, Frauen und Jugend bei Bundeskanzler Gerhard Schröder Respekt verschaffen musste, wird am Donnerstag, dem 7. September 2006, mit dem **Pauline-Staegemann-Preis 2006** geehrt. Der Festakt findet im Regine-Hildebrandt-Haus in Potsdam, Allee-straße 9, statt. Dabei kann Christine Bergmann gleich doppelt Glückwünsche entgegen nehmen, denn an diesem Tag hat sie auch Geburtstag. Der Preis wird zum zweiten Mal von der **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)** in Brandenburg vergeben und ist

nach der Mitgründerin des Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins Pauline Staegemann benannt, die zu einer Zeit, da solches noch verboten war, 1873 den Impuls für die Frauenorganisation gab und deshalb inhaftiert wurde. Ihre Urenkelin ist die erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und heutige Präsidentin des Goethe-Instituts, **Prof. Dr. Jutta Limbach**, die die Laudatio für Christine Bergmann halten wird. Die Begrüßung übernimmt die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende **Dagmar Ziegler**. Der Festakt beginnt um 15 Uhr.

Sie beschäftigt sich mit umweltökonomischen Auswirkungen von umwelt- und energiepolitischen Entscheidungen unter anderem

an der Technischen Universität Berlin: **Prof. Dr. Claudia Kemfert** gehört zur „Elf der Wissenschaft“, die die Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“ und der Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft erstmals im Juni 2006 kürte. Zu der illustren Runde gehören zwei weitere Frauen und acht Männer, die sich in ihren Forschungsgebieten bereits in jungen Jahren einen Namen gemacht haben. Zur Auswahl standen 30 kluge Köpfe, unter denen eine dreiköpfige unabhängige Jury ihr Dreamteam wählte.

In der Buchreihe „Nur eine Berlinerin“ hält **Gisela Stange** Rückschau auf 75 Jahre eines erfüllten Lebens. Ihre Erinnerungen stellt sie bis zum Jahresende stets am ersten Mittwoch im Monat um 16 Uhr im Frauentreffpunkt Ratswaage Lankwitz vor.



Mit Schwester von gestern Probleme von morgen lösen?

DBfK-Stellungnahme zur „Gemeindeschwester“

♦ Das Projekt „Gemeindeschwester“ des brandenburgischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) ist gestartet – aber anders als besprochen, kritisiert der LV Berlin-Brandenburg des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK). Noch im Mai hatte das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie das Vorhaben als Diskussionsentwurf bezeichnet. Ein Beirat werde eingerichtet, damit die Bedenken der Akteure in das Projekt einbezogen werden können, so das Versprechen.

Ziel des Projekts ist, die drohende hausärztliche Unterversorgung in ländlichen Regionen durch Pflegende aufzufangen und so dem demografischen Wandel gerecht zu werden. „Das Problem ist richtig erkannt, und es ist auch ein sinnvoller Ansatz, hier die Kompetenzen der Pflege zu nutzen“, meint der DBfK Berlin-Brandenburg.

„Wir befürchten aber, dass nun überholte Ansätze aus der Mottenkiste gegenüber innovativen Konzepten gewinnen. Die Gemeindeschwester wird als ‚verlängerter Arm des Arztes‘ bezeichnet, ohne einen eigenen Verantwortungsbereich der professionellen Pflege.“ Der DBfK stellt dagegen klar: „Beruflich Pflegende sind gleichberechtigte Partner im Gesundheitswesen und haben weit mehr Potenzial. Sie können die im Modell ‚Gemeindeschwester‘ angegebene selbstständige und eigenverantwortliche Tätigkeit wirklich füllen. Aus den Aufgaben in den neuen Berufsgesetzen und der zunehmenden wissenschaftlichen Untermauerung ihrer Arbeit sind Ressourcen entstanden, die bisher kaum genutzt werden.“ Der Verband der Pflegeberufe sieht andere europäische Länder mit ähnlichen Problemen „weniger rückwärts gewandt“. So arbeiten zum Beispiel in Großbri-

tannien und in den Niederlanden Pflegende in eigenen Pflegepraxen oder zusammen mit einem Arzt in so genannten Tandempraxen. „Innovativ sind Projekte zum präventiven Hausbesuch durch Pflegende, die es in Deutschland bereits gab. Erfahrungen sammeln auch die ersten deutschen Pflegenden in der Zusatzqualifikation ‚Familiengesundheitspflege‘. Dieses EU-weite Modellvorhaben, das auf WHO-Konzepten beruht, läuft in Deutschland seit Oktober 2005.“ Die Landesregierung vererbe eine Chance, Versorgungsprobleme nachhaltig zu bewältigen. Drei Gemeindeschwestern machten sich erstmals Mitte Juli am Medizinischen Zentrum Lübbenau mit Auto, Laptop, Videotelefon und telemedizinischer Ausrüstung auf den Weg. **Informationen zu diesem Thema sind unter www.dbfk.de und www.masgf.brandenburg.de zu finden.**

Fachgespräch mit dm-Inhaber

♦ Einen interessanten Gast hat der Bayerische Landesfrauenausschuss (BayLFa) am 21. November 2006: Prof. Götz Werner, Inhaber der dm-Drogeriemarktkette und damit von 1.600 Geschäften in neun europäischen Ländern mit über 23.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der wohl außergewöhnlichste Manager des deutschen Einzelhandels räumt ihnen nicht nur weit reichende Entscheidungskompetenzen ein, sondern bildet sie auch in Theaterworkshops fort. Für seine Unternehmensführung wurde er mit zahlreichen Preisen geehrt, erhielt das Bundesverdienstkreuz und hat seit 2003 einen Lehrstuhl an der Universität Karlsruhe inne.

Infos und Anmeldung beim BayLFa unter 089/12 61-15 12.

Rahmen für Frauenwoche 2007

♦ Der Beirat Brandenburgische Frauenwoche hat im Juni die Eckdaten für die 17. Brandenburgische Frauenwoche festgelegt: Sie wird vom 1. bis 11. März 2007 (Kernzeit) unter dem Motto „Macht Chancen gleich!“ stattfinden. Themenschwerpunkte sollen sein die Gleichbehandlung per Gesetz, die Auswirkungen europäischer Politik auf Mädchen und Frauen, die eigenständige Existenzsicherung von Frauen, Familienpolitik kontra Frauenpolitik, Lebensentwürfe und Lebenswege von Mädchen und Frauen sowie die Partizipation von Mädchen und Frauen. Hintergrund ist das für 2007 durch das Europäische Parlament ausgerufene „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“. Die Auftaktveranstaltung wird am 1. März 2007 in Potsdam stattfinden.

Coaching-Gruppe für Frauen

♦ Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. bietet ab September gemeinsam mit dem Beratungsbüro Matthies eine Coaching-Gruppe exklusiv für Frauen an, die Führungs- und Leitungsaufgaben im beruflichen Alltag managen und das dazugehörige Handwerkzeug erwerben oder erweitern wollen. Die Gruppe beginnt mit einem Einführungsseminar am 2. September 2006 und arbeitet über ein Jahr. Das Einführungsseminar kostet 120 Euro, jede Gruppensitzung 80 Euro.

Informationen und Anmeldung beim Berliner Frauenbund 1945 e.V., Telefon 030/218 39 34, Email: info@die-loewin.de oder direkt bei Matthies Organisationsberatung, Telefon 030/78 71 34 79, Email: info@marina-matthies.de.

Das Ja und Nein zum Ehrenamt

Vortrag von Dr. Ursula Weidenfeld beim KDFB-Bundesfest

♦ „Jeder Dritte Deutsche arbeitet ehrenamtlich – doch ob es auch jeder oder jede mit guter Laune, unbeschwert und immer gern tut, das wage ich nicht zu beantworten“, überlegte Dr. Ursula Weidenfeld, die stellvertretende Chefredakteurin des Tagesspiegels, beim Bundesfest des Katholischen deutschen Frauenbundes (KDFB) Berlin im Juni. Ihren Vortrag begann die Journalistin mit der provozierenden These, dass viel mehr mit noch viel mehr guter Laune geschafft werden könnte, wenn das Ehrenamt in Deutschland den Stellenwert bekomme, den es verdient – und wenn alle angesprochen würden, die es leisten könnten.

Vor allem Frauen fühlten sich überfordert und könnten dennoch ihr gesellschaftliches Engagement nicht zurückfahren, stellte Weidenfeld fest: „Weil sie das Gefühl haben, dass es ohne sie nicht geht. Weil sie glauben, dass es von ihnen erwartet wird, für den Andheri-Basar zu sticken, obwohl die Augen nicht mehr gut sind. Die Pfarrbücherei zu leiten, obwohl die Enkel Sonntags morgens auf die Oma warten. Die Kasse im deutsch-französischen Freundschaftsverein zu führen, obwohl die eigene Buchführung chronisch im Rückstand ist. Die Kindergartengeräte zu streichen, obwohl es vielleicht besser wäre, am Samstag mit der Familie zu Hause zu sein.“ Ursula Weidenfeld erläuterte, dass wir zwar viele Mechanismen haben, „in das Ehrenamt zu kommen, hineinzuwachsen und darin groß zu werden. Aber es fehlen uns oft die Mechanismen, mit Anstand wieder herauszukommen.“ Wer ein Ehrenamt niederlege, den plagten oft Schuldgefühle. Viele sagen, dass sie schräg angeguckt würden von ihren früheren Kollegen und Freunden in der Feuerwehr oder der Kirchengemeinde. Sie sind

nicht mehr tätig – aber dürfen sie deshalb nicht mehr dabei sein? Weidenfelds These: „Vielleicht muss man auch in diesem Land genauer und flexibler hingucken, welche Aufgaben tatsächlich nur von denen getan werden können, die sich fest an eine Sache binden – und wo die Anderen ihren Beitrag leisten können. Die Anderen, die übrigens noch aus einem anderen Grund wichtig sind: Wer sich nicht an ein Amt oder eine Pflicht gekettet fühlt und trotzdem bleibt, der stellt auch denjenigen ein Zeugnis aus, die sich hier dauerhaft gebunden haben. Wer solche Menschen bindet, der tut nicht nur etwas Gutes, sondern schafft es

**Die stellvertretende LFR-Vorsitzende
Marlies Brouwers hat
im Juni den Vorsitz des
Diözesanverbandes des
KDFB Berlin übernommen.**

**Der LFR-Vorstand
gratuliert herzlich!**

ganz offensichtlich auch, den Ehrenamtlichen ein gutes Gefühl zu geben. Und entlastet die, die sich überfordert fühlen.“

An diesem Punkt sprach die Referentin einen Punkt an, der bei der anschließenden Diskussion eine wichtige Rolle spielte: Sind Lasten und die Ehre richtig verteilt? Trifft die Dankbarkeit der durch Engagement Beschenkten immer die Richtigen? Zwar wurden mit Ehrenamtspass und Bescheinigungen über ehrenamtliche Tätigkeit Fortschritte gemacht, aber Weidenfeld vermisst mehr: „Haben Sie jemals ein kleines Lunch-Paket für die langen Wege bekommen, oder ein Abschiedsgeschenk, wenn Sie eine Sache beendet haben? Haben Sie schon einmal darüber nach-

gedacht, Ehrenamtlichen, die ihr Mandat zurückgeben, ein qualifiziertes Zeugnis auszustellen?“ Das sind Dinge, die in anderen Ländern längst dazu gehören: Ein Arbeitsloser, der den Nachweis über ehrenamtliche Arbeit führen kann, wird bei seinem künftigen Arbeitgeber besser behandelt, als wenn er kein solches Zeugnis hat. Es sei zwar nicht das Bundesverdienstkreuz – aber ein Zeichen dafür, dass man die anderen sieht. Die Andere sehen, das forderte Weidenfeld auch im Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt: „Es gibt viele selbstbewusste und starke Frauen auf Präsidentenstühlen, die vielen selbstbewussten und starken Frauen auf Geschäftsführerposten gegenüber sitzen. Die ehrenamtliche Präsidenten erwartet von der hauptamtlichen Geschäftsführerin selbstverständlich, dass sie sonntags zur Verfügung steht: Denn sonntags hat sie Zeit, für das Ehrenamt zu arbeiten. Die Geschäftsführerin aber arbeitet am liebsten von Montag bis Freitag – wie wir alle, wenn wir unserem Hauptberuf nachgehen.“ Dieses Muster wiederhole sich auf der Ebene der Referentinnen und Pfarrsekretärinnen, in katholischen Akademien und Vereinen, in Kindergärten und Kirchenchören. Diese Interessenkonflikte würden selten offen angesprochen. Vielen Ehrenamtlichen fehle das Gefühl dafür, dass die Hauptamtliche vielleicht gar keine Lust hat, sich über die Maßen zu engagieren. „Umgekehrt habe ich manchmal den Eindruck, dass viele Hauptamtliche in ihrem Bedürfnis, das Ehrenamt effizient einzusetzen und zu managen, übersehen, dass sie das Ehrenamt unterstützen und ihm dienen müssen, wenn sie ihren Arbeitsplatz dauerhaft sichern wollen. Es zu unterjochen, ist sicher die falsche Strategie“, so Weidenfeld.

Die LFR-Nachbarinnen

♦ In der dritten UCW-Etage lebt der LandesFrauenRat harmonisch mit „finesse“ und „im Lot“ zusammen. Hinter „finesse“ verbirgt sich die Frauen-Finanzberaterin Margarete Krümpel, die regelmäßig zu Vorträgen ins UCW einlädt. Erben und Vererben (19. September), Betriebliche Altersvorsorge (12. Oktober), Wohlstand im Alter

(14. November) sind zur drei Beispiele. Petra Woschny-Lautner ist die Macherin von „im Lot“, wo sie von der integrativen Körperpsychotherapie und dem 5Rhythmen-Konzept von Gabrielle Roth inspirierte Kurse und Workshops anbietet. Hinweise finden Interessentinnen unter www.finesse24.de und www.imlot.de im Internet. (sbr)

Torte zum ersten Geburtstag

♦ Die PR-Beraterin und Trainerin Carola Backes zog am 13. September 2005 als erste Mieterin ins Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) - damals eine Baustelle - ein. Jetzt feiert das UCW seinen ersten Geburtstag. Erste Gratulantin am 13. September 2006 ist Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen (SPD), die in der Zeit von 13 bis 15 Uhr zur Feierstunde in den Konferenzsaal in der vierten Etage einlädt. Sie hat sich von Anfang an für das UCW engagiert und begleitet die Entwicklung des Gründerinnen-zentrums als Vorsitzende des UCW-Beirats.

Der LandesFrauenRat Berlin ist seit dem 1. Oktober 2005 im UCW zu Hause. Während die Räume langsam Gestalt annahmen, die Vorstandsfrauen dabei teilweise selbst zu Pinsel und Bohrmaschine griffen, waren ringsherum weiter die Bauarbeiter mit dem Herrichten des Hauses beschäftigt. Inzwischen ist die erste Bauphase mit den groben Arbeiten beendet, haben die einzelnen Etagen frische Farbe an den Wänden, sind die Säle nutzbar und die sanitären Anlagen topfit. Dennoch stehen noch Restarbeiten aus, die möglichst so erledigt werden, dass sie UCW-Frauen nicht allzu viel davon bemerken.

Am Sonntag, dem 11. Juni, wurde das UCW offiziell eröffnet. Bürgermeisterin Thiemen höchstpersönlich zog die rote UCW-Fahne vor dem Gebäude in die Höhe – die

Fahne, die die Bewohnerinnen durch eine Umlage finanziert haben, so wie auch andere Dinge, die den UCW-Auftritt verbessern. Besprochen werden solche Dinge in der Mieterinnenversammlung. Hier steht aktuell die Diskussion eines Leitbildes für das Zentrum im Mittelpunkt, die vom Beirat begleitet wird.

Und noch eine begleitet das UCW: Inge Dallmeier, die als Koordinatorin in der vierten Etage die UCW-Geschäftsstelle managt, die Mieterinnenversammlungen organisiert, Netzwerke knüpft, Marketing und Lobbyarbeit für das Zentrum betreibt und last but not least die UCW-Frauen unterstützt. Viele von ihnen sind auch im UCW-Förderverein engagiert.

Unmittelbare Nachbarn sind die Künstlerinnen und Künstler des Atelierhauses, das im Seitenflügel des Gebäudes sein Domizil hat. Am gemeinsamen Tag der offenen Tür am 11. Juni feierte auch das Atelierhaus offiziell Eröffnung, seine bunte Fahne weht neben dem UCW-Rot.

Der erste Geburtstag soll standesgemäß mit einer Geburtstags-torte und Musik in netter (Frauen-)Runde gefeiert werden. Und natürlich wird auch die noch junge Geschichte des UCW für Gesprächsstoff sorgen. Bürgermeisterin Monika Thiemen und die Frauenbeauftragte des Bezirks, Christine Rabe, wollen dann auch einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Gründerinnen-zentrums geben. (sbr)

StressLess in den Wechseljahren

♦ Wechseljahre sind ein Schritt zur weiteren Reife. Ein innerer Aufbruch zu einem neuen Lebensabschnitt beginnt. Unbekannte Lebensthemen und veränderte Aufgaben warten in dieser spannenden Phase des Lebens auf jede Frau. Mit erwachender Lust am Leben und umgewandelter Energie können sich Frauen in den Wechseljahren befreit den wesentlichen Antworten ihres neuen Lebensabschnitts zuwenden. Renate Stein berät, unterstützt und führt Frauen durch die Wechseljahre.

Neben der individuellen Beratung bietet sie Vorträge über den „Tanz der Hormone“ an. Außerdem will sie eine Gesprächsgruppe einrichten, in der sich betroffene Frauen austauschen und gegenseitig stützen können sowie erfahren wie sie mit Symptomen wie Hitzewallungen, Stimmungsschwankungen, Gewichts- und anderen Problemen am besten umgehen können.

Renate Stein, Jahrgang 1952, ist examinierte Krankenschwester und hat mehrere Ausbildungen in den Bereichen Magnetfeld-Therapie und Reiki erfolgreich abgeschlossen. Auch für die spezielle Beratung von Frauen in den Wechseljahren hat sie sich ausbilden lassen.

Mehr über die Unterstützung in den Wechseljahren und weitere Beratungsangebote von Renate Steins StressLess Studio-line erfahren Interessentinnen unter der Rufnummer 86 20 13 70 oder direkt im UCW in der ersten Etage.

UCW-Koordinatorin
Inge Dallmeier
Raum 402
TelefonFax:
030/86 31 31 83
Email:
info@ucw-berlin.de

Familienfreundliches Berlin

♦ Das „Berliner Bündnis für Familie“ hat jetzt die Kampagne „Wie familienfreundlich ist Berlin?“ gestartet, die von der Jugend und Familienstiftung Berlin gefördert wird. Ziel ist es, ein Instrument zur lokalen „Familienfreundlichkeits-Prüfung“ zu entwickeln. Sie soll dazu eingesetzt werden, bessere Lebensbedingungen für Berliner Familien zu schaffen. Elemente der Kampagne sind Workshops und eine Fragebogenerhebung. Wer sich dafür interessiert, kann unter www.berliner-buendnis-fuer-familie.de/umfrage teilnehmen.

Herbst-Programm vorgelegt

♦ Das aktuelle Programm des August-Bebel-Instituts (ABI) für die Monate Oktober bis Dezember ist jetzt erschienen. Die zahlreichen Veranstaltungen und Seminare zu aktuellen politischen Themen widmen sich zum Beispiel den Fragen: „Was bringt das Antidiskriminierungsgesetz?“, „Krieg gegen Terror – Welche Positionen hat die Friedensbewegung?“, „Welche Argumente gibt es zu neoliberalen Menschen- und Gesellschaftsbildern?“, „Erhält der Antisemitismus eine neue gesellschaftliche Akzeptanz?“.

Besonders interessant sind stets die Angebote zur Kommunal- und Stadtpolitik, wozu diesmal die Wahlanalyse nach der Abgeordnetenhauswahl gehört. In diesem Bereich geht es auch um die Frage, wie die Kommunalpolitik genderkompetent wird, und welche Möglichkeiten es gibt, um die Umsetzung von Hartz IV in den Bezirken zu begleiten und zu gestalten? Im Bereich Zeitgeschichte steht unter dem Stichwort „Versuchte Demokratie“ eine Veranstaltung zu „Freie Wahlen in Ost-Berlin 1946?“ im Programm. Die aktuelle Übersicht ist unter www.august-bebel-institut.de zu finden. Das ABI verschenkt sein Programmfaltblatt auf Anfrage unter 46 92-123.

Qualifizierung: Globales Management

♦ Ein Qualifizierungsprogramm für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte in internationalen Forschungsprojekten zum Thema „Globales Management“ startet am 23. Oktober 2006 der zweite Durchgang. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erlernen in sieben Monaten, 136 Online- und 80 Präsenzstunden die Techniken globalen Projektmanagements und erwerben Kompetenzen in der interkulturellen und virtuellen Projektkommunikation und Teamarbeit, im Konflikt- und Selbstmanagement. Im Mittelpunkt stehen

die Entwicklung, Evaluation und Präsentation eines eigenen Projekts. Es sind Gebühren zu zahlen, 16 Plätze sind zu vergeben.

Für Interessenten findet am 19. September von 18 bis 20 Uhr ein GPM-Infoabend im TU-Gebäude an der Franklinstraße 28/29, Raum FR 7512 statt. Kontakt und Anmeldung bei Antje Dohrn, Telefon: 314-737 47, und Ines Robbers, Telefon: 314-737 46, Email: gpm@zek.tu-berlin.de, mehr Infos sind auch auf der GPM-Homepage www.tu-berlin.de/zek/wb/gpm zu finden.

(sbr)

Chancengleichheit in der Privatwirtschaft

♦ Unter der Überschrift „Gleich am Ziel?“ laden die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund zu einer Veranstaltung zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft ein. Dabei stehen zum einen die freiwillige „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“, zum anderen das Ende Juni im Bundestag verabschiedete und inzwischen in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im Mittelpunkt. Mit welchen Mitteln und Wegen lässt sich der Anspruch auf Chan-

cengleichheit in der Wirtschaft künftig tatsächlich umsetzen? Ist mit dem AGG die Gleichstellung von Frauen und Männern auch in der Privatwirtschaft ausreichend geregelt oder muss hierfür ein spezifisches Gesetz folgen? Soll alternativ die freiwillige Vereinbarung optimiert werden? Was zeigen uns die Erfahrungen anderer europäischer Länder mit Gleichstellungsinstrumenten? Diese Fragen sollen am Montag, dem 11. September 2006, in der Zeit von 12 bis 17 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17 in Berlin-Mitte diskutiert werden. Mehr Infos und Anmeldung unter forumpug@fes.de per Mail.

EAF: Wieder Politikerinnen-Kolleg

♦ Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF) hat Ende Juni das Jahresprogramm 2006 für ihr Politikerinnen-Kolleg vorgelegt. Dieses Kolleg ist ein Kooperationsprojekt der EAF mit der Bundeszentrale für politische Bildung und bietet ein zeitgemäßes Qualifizierungsangebot, das Aspirantinnen beim Einstieg in die politische Arbeit fachliche und strategische Hilfen gewährt und Politikerinnen beim Planen und Durchsetzen ihrer Karriere unterstützt.

Das diesjährige Programm startet vom 13. bis 15. Oktober mit dem Workshop „Frauen in die Politik! Den Einstieg professionell meistern.“ Ein Intensivkurs „Frauen zeigen Profil! Grundlagen für eine erfolgreiche Kandidatur“ (26. bis 29. Oktober) und das Führungstraining „Frauen in Führung stärken!“ (16. und 17. November) folgen. Interessentinnen können sich unter www.eaf-berlin.de informieren. Ansprechpartnerin ist Marion Zeßner unter 28 87 98 50, Email: zessner@eaf-berlin.de

Termine

- 6. September 19.30 Uhr**
KDFB-Stammtisch FrauenNetzWerk
 Premiere im Restaurant DAL MORO, Kaiserdamm 6, 14057 Berlin. Infos unter 321 50 22, Fax: 326 51 47, Email: geschaeftsstelle@kdfb-berlin.de
- 8. September 16.30 bis 18.30 Uhr**
Familienfest der Frauen Union der CDU
 Die Frauen Union Deutschland lädt unter dem Motto „Markenzeichen: Familienfreundlichkeit“ an den BundesPresseStrand, Kapelleufer 1/Kronprinzenbrücke, 10117 Berlin, ein.
- 8. September 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung
 GEDOK, Verband der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer e.V. lädt ein zur Vernissage von „Dialog – Analog – Digital“ ind Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin: (Bitte Personalausweis mitbringen.)
- 16. September 20 Uhr**
Benefizkonzert Aid for justice
 Jungsstudierende des Julius-Stern-Instituts der Universität der Künste (UdK) Berlin konzertieren zu Gunsten der Rechtsambulanz Sozialhilfe e.V. im Konzertsaal der UdK, Bundesallee 1-12, 10719 Berlin. Eintritt: 10 Euro. Kontakt: jsi@udk-berlin.de Internet-Info: www.rechtsambulanz-sozialhilfe.de
- 21. September 11 bis 16 Uhr**
DF-Veranstaltung: „Gesundheitsreform 2006 – eine Chance für Frauen?!“
 Der Deutsche Frauenrat diskutiert die Gesundheitsreform in den Räumen des Sozialverbandes Deutschland, Stralauer Straße 63, 101789 Berlin. Mehr Infos unter Email b.gaertner@frauenrat.de oder Fax: 20 45 69 44.
- 22. September 11 Uhr**
Eröffnung des Agnes Neuhaus Cafés
 Der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF) lädt zur Einweihung des integrativen Cafés im renovierten SkF-Haus, Schönhauser Straße 41, 13158 Berlin, ein.
- 22. September ab 17 Uhr**
Zukunft des Feminismus
 Veranstaltung im Rahmen des 25jährigen Jubiläums der Schokofabrik mit der Referentin Halina Bendkowski und Gästen.
 Ort: neuer Hamameingang, Mariannenstr. 6
- 30. September 14 Uhr**
Besuch des Miniaturmuseums „Arikalex“ im Hotel Morgenland
 Der Deutsche Staatsbürgerinnen Verband besucht die von Ulla Klingbeil aufgebaute Sammlung im Maßstab von 1:12. Treffpunkt: Finckensteinallee 23-27, 12205 Berlin. Anmeldung (bis 20. September) bei Hella Weingart unter 60 08 41 08.

Auf Frauenspuren

♦ Das neue Herbst-Winter-Programm von „Frauentouren“ ist liegt seit kurzem vor. Die Touren für interessierte Frauen, Männer und auch Kinder (ab acht Jahren) bieten neben Altbewährtem wieder viel Neues.

Auskünfte erteilt Claudia von Gélieu unter Telefon: 030/626 16 51 oder frauentouren@t-online.de per Mail, Internet-Info: www.frauentouren.de

Noch freie Plätze

♦ Für den Kurs „Gesundheitliche Folgen sexueller Gewalt“ mit sechs Terminen hat das Feministische FrauenGesundheitsZentrum (FFGZ) noch Plätze frei. Im Mittelpunkt stehen dabei neue Umgangsformen mit Körperlichkeit, Gesundheit und Krankheit sowie der Austausch von Erfahrungen. Kursbeginn ist am Dienstag, dem 24. Oktober 2006, um 19 Uhr im FFGZ, Bamberger Straße 51 in 10777 Berlin. Eine Anmeldung unter 213 95 97 ist erforderlich. Mehr Infos unter www.ffgz.de im Internet.

Ökumenisches Stadtkirchenfest

♦ Der Platz vor dem Roten Rathaus am Alexanderplatz ist am 9. September Schauplatz für das Ökumenische Stadtkirchenfest. In der Zeit von 10 bis 22 Uhr werden verschiedene Foren, ein Fest-Markt und ein Bühnenprogramm geboten. Um 18 Uhr feiern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Ökumenischen Gottesdienst, und um 20 Uhr ist ein Open Air Konzert geplant, bevor gegen 22 Uhr der Abendsegen das Fest beschließt. Das Stadtkirchenfest soll „Zwischenstadion“ zwischen dem ersten Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin und dem nächsten in München sein, aber auch die Einheit der Christen mehr sichtbar machen, heißt es. Mehr Infos unter www.auf-gute-nachbarschaft.de im Internet.

Mehr Frauen im Internet

♦ Mehr als die Hälfte der Frauen in Deutschland hat 2005 nach Angaben des (N)Onliner Atlas 2006 das Internet genutzt. Ihr Anteil an der Internet-Community insgesamt ist damit gegenüber dem Vorjahr von 45 auf 46 Prozent gestiegen. Mittlerweile sind 58 Prozent der Deutschen online.

Jeder vierte mit „Vätermonat“?

♦ Nach Einschätzung der Bundesregierung wird im kommenden Jahr jeder vierte Vater mit Hilfe des Elterngeldes eine berufliche Auszeit für die Familie nehmen. Erfahrungen aus Schweden legten diese Zahl nahe, so die Regierung in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage.

Frauen in deutschen Chefetagen

♦ Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung teilte kürzlich mit, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen in Deutschland in den vergangenen Jahren kaum gestiegen ist. Die Zahl der weiblichen Führungskräfte mit Kind sei seit dem Jahr 2000 sogar zurückgegangen. Neben dem Faktor Kind sei vor allem die Aufgabenverteilung in der Partnerschaft der Karriere hinderlich.

Erst die Männer sind auf die Idee gekommen, ihre nächtlichen Unternehmungen Tagungen zu nennen.

Helen Vita,
Schauspieler (1928-2001)

LFR-Erklärung: Seyran Ates gibt auf

Mit Bestürzung hat der LandesFrauenRat Berlin zur Kenntnis nehmen müssen, dass die renommierte und mit vielen Ehrungen ausgezeichnete Berliner Juristin Seyran Ates ihre Zulassung als Rechtsanwältin zurückgegeben und ihre Kanzlei geschlossen hat. Seyran Ates ist eine hoch engagierte Anwältin, insbesondere wenn es um die Menschenrechte muslimischer Frauen geht. Wenn die Themen „Ehrenmorde“, „Zwangsverheiratung“ und „Gewalt gegen Migrantinnen“ in weiten Teilen zumindest der Bevölkerung in Berlin heute diskutiert werden und öffentliche Empörung statt betretenem Wegsehen spürbar vorhanden ist, dann hat Seyran Ates daran großen Anteil.

Dass nun ausgerechnet sie, die Stimme gegen Gewalt, immer wieder Opfer eben dieser Gewalt von Männern gegenüber Frauen geworden ist, und dass das Ausmaß von Bedrohung gegen sie offenbar so groß war, dass sie sich zur Aufgabe ihres Berufs gezwungen sah, ruft große Betroffenheit hervor.

Der LFR appelliert an alle Institutionen dieser Stadt, die dazu berufen und in der Lage sind, Seyran Ates und ihrer Familie Schutz und Unterstützung zu gewähren. Es darf nicht sein, dass diese wichtige und gewichtige Stimme gegen Gewalt gewaltsam zum Schweigen gebracht wird.

LFR-Vorstand

Vorschläge für Louise-Schroeder-Medaille

♦ Am 2. April 2007 wird mit der Louise-Schroeder-Medaille wieder eine der höchsten Auszeichnungen überreicht, die das Land Berlin an Frauen vergibt. Verbände, Vereine, frauenpolitisch Aktive, die Bürgerinnen und Bürger Berlins sind wieder aufgerufen, Vorschläge für die Preisvergabe zu unterbreiten. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2006.

Die Louise-Schroeder-Medaille wird seit 1998 an eine Persönlichkeit oder Institution verliehen, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung trägt und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben hat.

Als Parlamentarierin (seit 1919) und Oberbürgermeisterin von Berlin (von Mai 1947 bis Dezember 1948) hat sich Louise Schroeder bleibende Verdienste um die Stadt erworben. Ihr politisches Handeln war von überparteilicher

Zusammenarbeit bestimmt. Verliehen wird die nach ihr benannte Medaille durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin zum 2. April, dem Geburtstag Louise Schroeders. Den Entscheidungsvorschlag trifft das Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“. Dieses Kuratorium setzt sich zusammen aus Abgeordneten und Nicht-Parlamentariern zusammen, die von den Fraktionen im Abgeordnetenhaus benannt werden. Die Mehrheit gehört nicht dem Parlament an. Vorsitzende des Kuratoriums ist Ingrid Stahmer, Bürgermeisterin und Senatorin a.D.

Die Vorschläge für die Louise-Schroeder-Medaille 2007 sind beim Abgeordnetenhaus von Berlin, Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“, Niederkirchnerstraße 5 in 10117 Berlin, einzureichen. Eine aussagekräftige Begründung sowie eine Biographie der vorgeschlagenen Person oder eine Beschreibung der vorgeschlagenen Institution sind beizufügen.